

A n t r ä g e

des

Bundesrathes in der Savoyerfrage.

Den Anträgen vorgängig, resümiert der Bundesrath seine Anschauungsweise dahin :

Die Interessen der äußern Sicherheit, der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz gebieten, daß die Rechte der Schweiz auf die neutralisirten Provinzen Nordsavoyens nicht beeinträchtigt werden.

Eine Abtretung Nordsavoyens an Frankreich, auch wenn diese Provinzen im schweizerischen Neutralitätsverbande belassen würden, wäre den bestehenden Verträgen zuwider und würde die Rechte und Interessen der Schweiz im höchsten Grade gefährden.

Die in Aussicht gestellte Verständigung mit den Mächten und der Schweiz ist zwar geeignet, Beruhigung zu gewähren, jedoch nur, wenn vor dieser Verständigung eine Besiznahme der Provinzen durch Frankreich, sei es civile oder militärische, nicht stattfindet, sondern der Status quo strenge aufrecht erhalten wird.

Der Bundesrath beantragt deshalb :

Die h ö h e Bundesversammlung wolle
beschließen :

- 1) Die vom Bundesrathe bis anhin getroffenen Maßregeln sind genehmigt und der dafür erforderliche Kredit wird ertheilt.
- 2) Der Bundesrath wird fortfahren die Rechte und Interessen der Schweiz in Beziehung auf die neutralisirten Provinzen kräftig zu wahren, und insbesondere dahin zu wirken, daß bis zu erfolgter Verständigung der Status quo nicht verändert werde. Zu Anwendung aller dazu erforderlichen Mittel wird ihm Vollmacht ertheilt.

- 3) Sollten weitere militärische Aufgebote stattfinden oder andere ernste Umstände eintreten, so wird der Bundesrath die Bundesversammlung unverzüglich wieder einberufen. Inzwischen spricht die Versammlung ihre Vertagung aus.
- 4) Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieser Schlußnahme beauftragt.

Also der Bundesversammlung vorzulegen beschlossen.

Bern, den 29. März 1860.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,
 Der Bundespräsident: **F. Frey-Herosée.**
 Der Kanzler der Eidgenossenschaft: **Schöpf.**

Beilage A.

Notte des Bundesrathes an die Garanten der Wienerverträge, vom 18. November 1859.

Nachdem in Zürich der Friede unterzeichnet worden, wird es nun um den Zusammentritt eines Kongresses zu thun sein.

Obgleich dem schweizerischen Bundesrath von dem Programme, welches für die Verhandlungen des Kongresses festgestellt wird, nichts bekannt ist, so wird die nächste Aufgabe desselben doch unzweifelhaft die Ordnung der Dinge in Italien betreffen, wobei namentlich auch die in den Präliminarien von Villafranca vorgesehene Bildung einer italienischen Konföderation zur Sprache kommen dürfte.

So entfernt der schweizerische Bundesrath davon ist, in Verhandlungen sich zu mischen, die nur die Interessen dritter Staaten berühren, so sehr muß er dagegen darauf halten, daß wenn bei solchen Verhandlungen bestehende völkerrechtliche Beziehungen der Schweiz berührt werden, er ebenfalls angehört und zur Mitwirkung berufen werde.

Bestehende völkerrechtliche Beziehungen der Schweiz werden aber betroffen, wenn eine italienische Konföderation wirklich gebildet werden und Sardinien auch mit den in der schweizerischen Neutralität begriffenen Theilen Savoyens in dieselbe treten sollte.

Die bestehenden Stipulationen bestimmen nämlich:

Daß, so oft die der Schweiz benachbarten Mächte sich im Zustande wirklich ausgebrochener oder unmittelbar bevorstehender Feindseligkeiten befinden werden, die Truppen Sr. Majestät des Königs von Sardinien, welche allfällig in den neutralisirten Provinzen stehen möchten, sich zurückziehen, und dafür, wenn es nothwendig ist, ihren Weg durch das Wallis nehmen können; daß kein andern bewaffneten Truppen irgend einer Macht sich dort aufhalten oder durchziehen können, mit Ausnahme derjenigen, welche die schweizerische Eidgenossenschaft daselbst aufzustellen für gut finden würde.

Es fällt nun in die Augen, daß die Stellung der neutralisirten savoyischen Provinzen zur Schweiz wesentlich verändert wird, wenn dieselben mit in die italienische Konföderation gezogen werden. Denn es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß diese Konföderation nicht bloß politische und kommerzielle, sondern vorzüglich auch die militärischen Interessen Italiens vereinigen wird. Sollten nun wirklich Konföderationstruppen je in die neutralisirten Provinzen verlegt werden oder daselbst sich aufhalten dürfen? Werden solche Truppen auch das Rückzugrecht durch

das Wallis in Anspruch nehmen? Welche militärischen Befugnisse, z. B. bezüglich der Anlage von Festungen, sollen der Konföderation in den neutralisirten Provinzen eingeräumt werden?

Diese Fragen sind für die Schweiz um so bedeutungsvoller, als auch Staaten ersten Ranges an dem italienischen Bunde Theil nehmen sollen, auch deren Truppen also bezüglich auf Savoyen in die nämliche Lage kämen, und als in den vertragsmäßigen militärischen Beziehungen der Schweiz zu Savoyen überhaupt, sie künftig nicht bloß dem bisherigen Königreiche Sardinien, sondern der gesammten italienischen Konföderation, d. i. einer Macht ersten Ranges gegenüber stehen würde.

Der schweizerische Bundesrath weiß zwar wohl, daß die bestehenden vertragsmäßigen Verhältnisse zwischen der Schweiz und dem neutralisirten Savoyen ohne Einwilligung der Schweiz rechtlich nicht verändert werden können und er ist auch vollständig überzeugt, daß die Mächte diesem Grundsatz ihre Anerkennung nie versagen werden. Allein durch die Theilnahme jener Provinzen am italienischen Bunde würde die thatsächliche Lage wechselseitig sehr verändert und in Fragen der Stellung und Befugnisse eines italienischen Bundes gegenüber den neutralisirten Provinzen und der Schweiz müßten abweichende Auslegungen und Konflikte unausbleiblich sein. Selbst ein ausdrücklicher Vorbehalt der bestehenden Rechte der Schweiz würde solchen Konflikten nicht vorbeugen; es muß vielmehr, wenn die neutralisirten savoyischen Provinzen am Bunde wirklich Theil nehmen sollten, das Verhältniß zwischen der Schweiz und dem Bunde auf vertragsmäßigem Wege von vornherein sehr genau und scharf bestimmt werden.

Der schweiz. Bundesrath, im Namen des Landes, das er vertritt, muß deßhalb an die Mächte das gerechte Verlangen richten, daß wenn an dem bevorstehenden Kongresse die Bildung einer italienischen Konföderation verhandelt werden und diese letztere auch die in der schweiz. Neutralität begriffenen Theile Savoyens umfassen soll, die Schweiz, so weit es ihre Beziehung zu dem neutralisirten savoyischen Gebiete betrifft, zu den Verhandlungen zugelassen werde.

Es könnte bei gleichem Anlasse auch eine andere Frage der savoyischen Neutralität einer nähern Feststellung unterworfen werden, nämlich ob die in den neuern Jahren angelegte Eisenbahn von Culoz nach Chambéry fernerhin zu dem neutralisirten Gebiete gehören solle. Durch eine diesfällige bestimmte Fassung würden für die Zukunft abweichende Auslegungen beseitigt und Reklamationen und Vorwürfen gegen die Schweiz vorgebeugt, die letztes Frühjahr hie und da laut werden wollten, als sie eine Pflicht nicht anerkennen wollte, die Benutzung genannter Eisenbahn durch französische Truppen zu verhindern.

Wir beauftragen Sie, Herr Minister, obigen Inhalt dem Grafen Walewski durch schriftliche Note zu eröffnen und dazu diejenigen münd-

lichen Auseinandersetzungen und Begründungen zu machen, die Sie für nützlich erachten.

Wir fügen zugleich eine Anzahl Exemplare der auf unsere Veranlassung ausgefertigten Denkschrift über die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem neutralisirten Savoyen bei, von welchen Sie eines dem Grafen zustellen und von den übrigen sonstigen gutfindenden Gebrauch machen werden.

Wir lassen eine gleiche Note auch in Wien durch unsern dortigen Geschäftsträger mittheilen. Ebenso richten wir solche an die hier residirenden Minister von England, Rußland, Preußen und Sardinien und an die übrigen Unterzeichner des Wienervertrages, Spanien, Schweden und Portugal.

Genehmigen Sie etc.

Beilage B a.

Note des Bundesrathes an den schweiz. Minister in Paris, vom 9. März 1860.

Wie Ihnen bekannt ist, hat der Bundesrath bereits in einer Zirkularnote vom 14. März 1859, als der Ausbruch eines Krieges in Italien zu bevorstehen schien, den Wiener-Kongreß-Mächten den Standpunkt näher auseinandergesetzt, welchen die Schweiz in Beziehung auf die neutralisirten Provinzen Savoyens einzuhalten im Falle wäre.

In einer ausführlichen Denkschrift wurde sodann im Laufe des vergangenen Spätherbstes die Angelegenheit wegen der gedachten Gebiets-theile Savoyens und deren Verhältniß zu der Schweiz aufs Neue besprochen und das Materielle des Gegenstandes erschöpfend dargelegt.

Endlich mit Note vom 18. November 1859 hatte der Bundesrath die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß er vor dem damals in Aussicht genommenen europäischen Kongresse ebenfalls gehört werde, sofern die Angelegenheit Savoyens zur Sprache kommen sollte. Damals handelte es sich bekanntlich noch darum, ob die italienischen Staaten zu einer Konföderation zusammentreten würden und welche Stellung dieser Konföderation gegenüber Savoyen einzunehmen hätte.

Seither ist ein Wendepunkt erfolgt, indem die Bildung eines italienischen Staatenbundes dahin gefallen, dagegen die Abtretung Savoyens an Frankreich in den Vordergrund getreten ist.

Unter solchen Umständen und im gegenwärtigen Momente handelt es sich für die Schweiz gegenüber den neutralisirten Provinzen Savoyens ebenso wol um die Wahrung von erworbenen Rechten, als um das Prinzip ihrer Selbsterhaltung und mit Rücksicht hierauf sieht sich der Bundesrath in der Lage in Sachen einen weitem Schritt zu thun.

In Folge der jüngsten Vorgänge nämlich ist die Angelegenheit wegen Cession Savoyens in ein so bedeutsames Stadium getreten, daß sie die Aufmerksamkeit des schweiz. Bundesrathes im höchsten Grade beschäftigen mußte.

In der Thronrede, womit Se. Majestät der Kaiser der Franzosen, die Session der hohen Staatskörper eröffnet hat, findet sich bestimmt ausgesprochen, daß Angesichts der Umgestaltung Norditaliens, welche einem mächtigen Staate alle Alpenpässe gebe, es die Pflicht Frankreichs gewesen sei, zur Sicherheit seiner Gränzen die französischen Abhänge der Gebirge zu verlangen.

In gleicher Weise habe Seine Excellenz, Herr v. Thouvenel, in der Note vom 24. Februar an den französischen Gesandten in Turin sich vernehmen lassen, indem darauf hingedeutet wurde, daß bei einer größern oder geringern Annexion der Staaten Mittelitaliens an Sardinien der Besitz Savoyens sich als eine geographische Nothwendigkeit für die Sicherung der französischen Gränzen darstellen müsse, mit der verdankenswerthen Erläuterung, daß die Interessen der Schweiz, welche Frankreich immer zu berücksichtigen wünsche, gewahrt werden sollen.

Endlich bereitet sich in Beziehung auf die Annexion Mittelitaliens an Sardinien ein Plebescit vor, dessen Korrelat als natürliche Logik obiger Vorgänge und Thatfachen die Cession Savoyens an Frankreich sein dürfte.

Unter solchen Umständen mußte der schweiz. Bundesrath es für seine Pflicht erachten, das k. sardinische Ministerium darauf hinzuwirken, daß bei einem allfälligen Arrangement der Stimme der Schweiz das Gehör nicht verschlossen werden dürfe. Die Eidgenossenschaft steht gerade mit Beziehung auf Savoyen, um dessen Abtretung es sich gegenwärtig handelt, mit Sardinien, wie Ihnen bestens bekannt ist, in den engsten Vertragsverhältnissen, die bis auf die jüngste Zeit herab von den sämmtlichen theilgenommenen Mächten Europas in ihrer vollen Integrität anerkannt worden sind. Insbesondere sind durch die Stipulationen der Kongreßmächte vom 29. März und 20. November 1815 einzelne Provinzen Savoyens, das Chablais, Faucigny und Nord-Genevois in der schweiz. Neutralität inbegriffen erklärt und ist der Eidgenossenschaft das Recht zuerkannt, diese savoyischen Landestheile unter gewissen Bedingungen mit ihren eigenen Truppen zu besetzen.

Gestützt auf diese zu Recht bestehenden Verhältnisse glaubte der Bundesrath dem k. sardinischen Ministerium die Ansicht nicht vorenthalten zu sollen, daß die Abtretung der sogenannten neutralisirten Provinzen unter Mitwirkung der Schweiz als eines Hauptpacifizanten zu erfolgen

habe, und daß dabei Sardinien sich berufen fühlen möchte die Interessen der Schweiz in gleicher Weise wahrzunehmen, wie dieß in der Note des Herrn v. Thouvenel vom 24. Februar. von Seite Frankreichs bereits gesagt worden ist.

Der Bundesrath ist überzeugt, daß Seine Excellenz, Herr v. Thouvenel, diesen Schritt nach seiner realen Bedeutung würdigen und geneigt sein werden, darin lediglich ein loyales und consequentes Festhalten an den zwischen der Eidgenossenschaft und Sardinien bestehenden Verträgen zu erblicken.

Der Bundesrath sieht sich aber im Weiteren veranlaßt, Ihr Augenmerk dahin zu richten, wie es im hohen Grade wünschenswerth wäre, wenn bei der gegenwärtigen Situation die k. französische Regierung sich ihm gegenüber in bestimmterer Weise auszusprechen bereit finden lassen wollte.

Er erkennt zwar nicht im Mindesten die hohe Bedeutung derjenigen Eröffnung, welche über die künftige Stellung der neutralisirten savoyischen Provinzen zur Schweiz theils durch die französische Gesandtschaft in Bern, theils in Folge einer Eröffnung von Herrn v. Thouvenel an Sie in vertraulicher Weise bereits vor längerer Zeit zugegangen sind und welche auch der französische Vizekonsul in Genf dem dortigen Staaterathspräsidenten zu bestätigen den Auftrag erhalten hatte. Der Bundesrath blift vielmehr mit allem Vertrauen auf diese Zusagen hin. Er erkennt darin die unzweifelhafte Manifestation des Willens der französischen Regierung, der Schweiz diejenige Rücksicht angedeihen zu lassen, welche sie sowol nach den Stipulationen der Verträge als zur Wahrung ihrer im allgemein europäischen Interesse liegenden Neutralität in Anspruch nehmen kann. Er erblickt endlich darin die Tendenz, den höhern Rücksichten zweier Staaten volle Rechnung zu tragen, die eben so sehr durch ihre geschichtlichen Erinnerungen als durch ihre geographische Lage auf freundschaftliche Beziehungen hingewiesen sind.

Allein nachdem die vorliegende Frage in Folge der geschilderten Vorgänge in die jezige Phase getreten, nachdem dieselbe bereits zum Gegenstande der öffentlichen Diskussion geworden ist, kann der Bundesrath nicht umhin, seine Ansicht dahin auszusprechen, daß es der Schweiz zur großen Beruhigung gereichen würde, wenn die k. französische Regierung sich bewegen finden wollte, den vertraulichen Mittheilungen durch positive offizielle Erklärungen einen bestimmtern Ausdruck zu verleihen. Er glaubt, es könnte dieß um so unbedenklicher geschehen, als die Absichten Frankreichs in Beziehung auf das künftige Schicksal der neutralisirten Provinzen Savoyens theils der k. großbritannischen Regierung, theils durch das Organ des k. französischen Gesandten in London dem k. sardinischen Ministerium bereits kund gethan worden sind und bereits auch im englischen Parlamente zu nähern Erörterungen Veranlassung gegeben haben.

Indem der Unterzeichnete der Hoffnung Raum gibt, einer gefälligen zusagenden Rückäußerung im Sinne der gegenwärtigen Note entgegenzusehen

zu dürfen, werden Sie ermächtigt, dem k. Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten von gegenwärtiger Note Kenntniß zu geben und ihm davon eine Abschrift zu hinterlassen.

Beilage B b.

**Note des schweiz. Bundesrathes an den schweiz. Gesandten in Turin,
vom 9. März 1860.**

Wie Ihnen bekannt ist, hat der Bundesrath bereits in einer Zirkularnote vom 14. März 1859, als der Ausbruch eines Krieges in Italien zu bevorstehen schien, den Wiener-Kongreß-Mächten den Standpunkt näher auseinandergesetzt, welchen die Schweiz in Beziehung auf die neutralisirten Provinzen Savoyens einzuhalten im Falle wäre.

In einer ausführlichen Denkschrift wurde sodann im Laufe des vergangenen Spätherbstes die Angelegenheit wegen der gedachten Gebiets-theile Savoyens und deren Verhältniß zu der Schweiz aufs Neue besprochen und das Materielle des Gegenstandes erschöpfend dargelegt.

Endlich mit Note vom 18. November 1859 hatte der Bundesrath die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß er vor dem damals in Aussicht genommenen europäischen Kongresse ebenfalls gehört werde, sofern die Angelegenheit Savoyens zur Sprache kommen sollte. Damals handelte es sich bekanntlich noch darum, ob die italienischen Staaten zu einer Konföderation zusammentreten würden und welche Stellung dieser Konföderation gegenüber Savoyen einzunehmen hätte.

Seither ist ein Wendepunkt erfolgt, indem die Bildung eines italienischen Staatenbundes dahin gefallen, dagegen die Abtretung Savoyens an Frankreich in den Vordergrund getreten ist.

Unter solchen Umständen und im gegenwärtigen Momente handelt es sich für die Schweiz gegenüber den neutralisirten Provinzen Savoyens eben so wol um die Wahrung von erworbenen Rechten, als um das Prinzip ihrer Selbsterhaltung und mit Rücksicht hierauf sieht sich der Bundesrath in der Lage in Sachen einen weitem Schritt zu thun.

Die Frage wegen Cession des Herzogthums Savoyen an Frankreich ist nämlich in Folge der neuesten Vorgänge in ein solches Stadium getreten und hat eine so bedeutungsvolle Gestalt gewonnen, daß sie die Aufmerksamkeit des schweiz. Bundesrathes in einem Grade in Anspruch nahm, welcher dem Interesse entspricht, das die Eidgenossenschaft an der Lösung dieser Angelegenheit naturgemäß nehmen muß.

In der Thronrede an die hohen Staatskörper haben Se. Majestät der Kaiser der Franzosen sich bestimmt dahin ausgesprochen, angesichts der Umgestaltung Norditaliens, welche einem mächtigen Staate alle Alpenpässe gebe, sei es die Pflicht Frankreichs gewesen, zur Sicherheit seiner Grenzen die franz. Abhänge der Gebirge zu verlangen.

In ähnlicher Weise hat sich bereits früher der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr von Thouvenel, in der Note an den franz. Gesandten in Turin vom 24. Februar vernehmen lassen, indem er darauf hindeutete, daß bei einer größeren oder geringern Annexion der Staaten Mittelitaliens an das sardinisch-lombardische Königreich der Besitz Savoyens sich als eine geographische Nothwendigkeit für die Sicherung der französischen Grenzen darstellen müsse.

Endlich bereitet sich bezüglich dieser Annexion Mittelitaliens ein Plebisit vor, dessen Ergebnis kaum zweifelhaft sein kann und an das die Cession Savoyens als entsprechende Gegenbedingung geknüpft wird.

Unter solchen Umständen darf der Schweiz. Bundesrath voraussetzen, daß der königl. sardinische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Cavour, es vollkommen gerechtfertigt finden werden, wenn er sich erlaubt, das Augenmerk auf die besondere rechtliche Stellung hinzulenken, welche die Eidgenossenschaft in dieser Frage einnimmt und vertragsgemäß festzuhalten hat.

Nach dem unter eidgen. Dazwischenkunft zwischen Bern und Savoyen im Jahr 1564 abgeschlossenen Friedenstraktat wurde festgesetzt, daß keine Partei von den ihr zuerkannten Landschaften einzelne Theile andern Fürsten, Herren oder Gemeinwesen abtreten solle.

Durch den Vertrag vom 29. März 1815 und 20. November desselben Jahres wurden die Provinzen Chablais und Faucigny und alles von Ugine nördlich, Sr. Majestät dem König von Sardinien zugehörige Land als in der Schweiz. Neutralität inbegriffen erklärt, so zwar, daß es unter gewissen Bedingungen der Schweiz frei stehen solle, die eben erwähnten neutralisirten Theile Savoyens mit ihren eigenen Truppen zu besetzen.

Wenn es sich daher nicht bloß um die Abtretung einer Provinz im Allgemeinen, sondern um solche Gebietstheile derselben handelt, bezüglich welcher unter gewissen Voraussetzungen der Schweiz unmittelbare Rechte eingeräumt sind, so dürfte ihr Begehren vollkommen gerechtfertigt erscheinen, daß eine Cession nicht erfolge, ohne daß vorher ihr Einverständnis erklärt worden sei.

Die Schweiz darf erwarten, daß bei dem in Aussicht genommenen Abkommen zwischen Sardinien und Frankreich ihr diejenigen Zugeständnisse gemacht werden, auf welche sie im Hinblick auf die bestehenden Verträge einen so gerechten Anspruch hat.

Der Schweizerische Bundesrath sieht sich daher in der Lage, die gefällige Vermittlung der königl. Sardinischen Regierung dahin nachzusuchen, daß bei dem bevorstehenden Arrangement, die Mitwirkung der Schweiz als eines nahe berechtigten Staates nicht ausgeschlossen werde, sondern

daß ihre wohlverworbenen Interessen diejenige Wahrung finden, die ihr nach dem internationalen Rechte gebührt.

Er darf daher der Hoffnung um so mehr Raum geben, daß diesem Gesuche entsprochen werde, als es sich keineswegs bloß um schweizerische Interessen handelt, sondern auch um allgemein europäische, indem von den Mächten selbst anerkannt worden ist, daß die schweizerische Neutralität im wohlverstandenen Interesse Europas liege, — und endlich auch um die Interessen von Sardinien selbst, indem es diesem Staate nicht gleichgültig sein kann, daß die nördlichen oder die sogenannten neutralisirten Provinzen Savoyens mit einer großen Militärmacht vereinigt werden.

Wir beauftragen Sie, dem Herrn Grafen Cavour von dieser Note Kenntniß zu geben und ihm eine Abschrift davon zu hinterlassen.

Indem der Unterzeichnete der zuversichtigen Erwartung Raum gibt, einer gefälligen zusagenden Rückäußerung entgegensehen zu dürfen, benutzt er auch diesen Anlaß u. s. w.

Beilage C a.

Note des schweizerischen Gesandten in Paris an den Kaiserlich Französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Paris, den 15. März 1860.

Herrn Minister!

In Folge einer Depesche von Bern soll ich Euer Exzellenz kundthun, daß der Bundesrath der Regierung Seiner Majestät des Königs von Sardinien, betreffend die Frage einer Annexion Savoyens an Frankreich, eine Note zugeschickt hat, in welcher er die Beobachtung der Stipulationen des Vertrags zwischen Sardinien und der Schweiz von 1564, bestätigt durch denjenigen von 1816, verlangt, in so weit dieselben die Cession des gegenwärtigen Savoyergebiets an eine andere Macht betreffen.

Ich soll beifügen, daß meine Regierung ganz besonders jede Annexion der neutralisirten Provinzen, Chablais, Faucigny und Genevois, an eine andere Macht als im Widerspruch betrachtet mit den Bestimmungen der Fünfzehner Verträge, welche diese Provinzen im Interessen der Neutralität gewährleisten, als wenn dieselben ein integrierender Theil der Eidgenossenschaft wären und dieses durch die bestimmte Erklärung, daß „sie der schweizerischen Neutralität in gleicher Weise theilhaftig sein sollen, als wenn sie zu der Schweiz gehörten.“

In Erwartung der Dinge legen mir meine Instruktionen die Pflicht auf, mit Bezugnahme auf die Vorstellungen, die ich Ihnen bereits in der mir am 13. März gefälligst ertheilten Audienz mündlich zu machen die Ehre hatte, feierlich gegen jede Maßregel zu protestiren, welche die Absicht hätte, diese Provinzen an Frankreich zu annexiren, bevor sich die

europäischen Mächte, welchen die kaiserliche Regierung die Frage unterbreiten zu wollen selbst erklärt hat, ausgesprochen haben werden.

Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen, Herr Minister, die Versicherungen meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

(Gez.) Kern.

Beilage C b.

Note des schweizerischen Gesandten in Turin an den Königlich-Sardinischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Tit.!

Der schweizerische Bundesrath hat seit Abgang der Note, die ich Ihnen so eben vorgelesen habe, in Erfahrung gebracht, daß die Intendanten Savoyens in Chambéry und Annecy Proklamationen veröffentlicht haben, worin sie den Bürgern eine baldige Abstimmung bezüglich des Anschlusses ihres Landes an Frankreich ankündigen.

Angesichts dieser offiziellen Kundgebung über die Absichten der sardinischen Regierung und ohne grundsätzlich sich Gränzberichtigungen widersetzen zu wollen, welche im Interesse Frankreichs und Sardiniens liegen und den Wünschen eines Theiles der savoyischen Bevölkerung entsprechend sein können,

Verlangt der Unterzeichnete, im Vertrauen auf die Loyalität Seiner Majestät des Königs Viktor Emmanuel II., dessen Voreltern die Verträge beschworen haben, welche die Schweiz anruft und stets gewissenhaft beobachtet hat, von der sardinischen Regierung, daß sie in der Richtung, welche die in Chambéry und Annecy angeschlagenen Proklamationen bezeichnen, nicht weiter vorgehe, ohne daß Unterhandlungen mit der Schweiz eröffnet werden, zum Zwecke eine solche Lösung der hängenden Frage herbeizuführen, durch welche die Rechte geachtet und die wohlverstandenen Interessen der angrenzenden Länder wahrgenommen werden.

So lange eine Verständigung mit der Schweiz nicht stattgefunden hat zur Regelung dessen, wozu sie nach den Bestimmungen der Verträge auf den Fall einer Abtretung Savoyens an eine andere Macht mitzusprechen hat, verwahrt sich der Unterzeichnete im Namen und aus Auftrag des Bundesrathes gegen jede Abstimmung oder jede andere Handlung, deren Resultat eine Veränderung der gegenwärtigen Lage der Dinge in Savoyen herbeiführen könnte.

In der Hoffnung, daß die gerechten Einsprüche der Schweiz vom Eurer Erzellenz mit demjenigen Wohlwollen werden aufgenommen werden,

welches immer die Beziehungen zwischen der königlichen Regierung und der Eidgenossenschaft kennzeichnete, ersucht der Unterzeichnete Hochdieselben die Versicherung seiner vollkommensten Hochachtung zu genehmigen.

Lurin, den 14. März 1860.

(Gcz.) A. Tourte.

Beilage D.

Note des Bundesrathes an Frankreich, Großbritannien, Oesterreich, Preußen und Rußland und an Portugal, Sardinien, Schweden und Spanien, vom 19. März 1860.

Als zu Anfang des vorigen Jahres der Friede Europas ernstlich bedroht zu sein schien und der Ausbruch von Feindseligkeiten in Oberitalien gewärtigt werden mußte, hatte der schweiz. Bundesrath sich veranlaßt gesehen, den hohen Mächten mit aller Loyalität diejenige Stellung zu entwickeln, welche die Eidgenossenschaft im Kriegsfall denjenigen savoyischen Provinzen gegenüber einzunehmen gesonnen sei, welche in der schweiz. Neutralität begriffen sind und bezüglich welcher nach den europäischen Verträgen und Stipulationen vom 29. März, 9. Juni und 20. November 1815 der Schweiz so bedeutende Rechte zustehen.

In den Rückäußerungen, welche der Bundesrath auf diese seine Note vom 14. März 1859 zu erhalten die Ehre hatte, wurde der dießfalls von der Schweiz eingenommene Standpunkt von den hohen Mächten allseitig gewürdigt.

Nach Beendigung des Krieges und nach abgeschlossenem Frieden zu Zürich war sodann der Bundesrath abermals in der Lage, die Aufmerksamkeit der hohen Mächte auf das Verhältniß der Schweiz zu den erwähnten neutralisirten Provinzen Savoyens zu lenken. Damals nämlich schien ein Kongreß der Mächte bevorzustehen, mit der Aufgabe, die Angelegenheiten Italiens zu ordnen und zwar auf Grundlage der Präliminarien von Villafranca, in denen die Bildung einer italienischen Konföderation vorgesehen war.

In seiner Note vom 18. November 1859 sprach der Bundesrath seine Ansicht dahin aus, daß, wenn bei den in Aussicht gestellten Verhandlungen bestehende völkerrechtliche Beziehungen der Schweiz berührt werden, die Mitwirkung der Eidgenossenschaft wol nicht abgelehnt werden könne. Solche völkerrechtliche Beziehungen der Schweiz werden nun aber offenbar betroffen, wenn eine italienische Konföderation wirklich gebildet werden und wenn Sardinien auch mit den in der schweizerischen Neutralität begriffenen Theilen Savoyens in dieselbe treten sollte. Deßhalb ge-

langte die Schweiz mit dem Begehren an die Mächte, daß sie, so weit es ihre Beziehungen zu dem neutralisirten savoyischen Gebiete betreffe, zu den Verhandlungen des Kongresses zugelassen werde.

Bekanntlich hat sich dieser projektirte Kongreß der Mächte zerfallen und ist insbesondere seit dem Beginn des gegenwärtigen Jahres die Idee einer anderweitigen Gruppierung der mittelitalienischen Staaten in den Vordergrund getreten.

In unmittelbarem Zusammenhange mit der Bildung eines größern italienischen Staates, mit der Annexion der Herzogthümer an das Königreich Sardinien stand die weitere Idee der Cession Savoyens an Frankreich. Diese Idee hat einen bestimmten Ausdruck erhalten durch die Thronrede, mit welcher die Session der hohen Staatskörper von seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen am 1. dieses Monats eröffnet worden ist. Darin findet sich auf unzweideutige Weise ausgesprochen, daß Angesichts der Umgestaltung Norditaliens, welche einem mächtigen Staate alle Alpenpässe überliefere, es die Pflicht Frankreichs gewesen sei, zur Sicherheit seiner Gränzen die französischen Abhänge der Gebirge zu veranlangen.

In gleicher Weise hat auch der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten und zwar schon in einer Note vom 24. Februar gegenüber dem französischen Gesandten in Turin sich vernehmen lassen. Auch in diesem Aktenstücke wurde darauf hingedeutet, daß bei einer größern oder geringern Annexion der Staaten Mittelitaliens an Sardinien der Besitz Savoyens sich als eine geographische Nothwendigkeit für die Sicherung der französischen Gränzen darstellen müsse. In sehr verdankenswerther Weise hatte der Herr Minister die Erläuterung beigefügt, daß die Interessen der Schweiz, welche Frankreich immer zu berücksichtigen wünsche, gewahrt werden sollen.

Bei dieser Wendung der Dinge konnte der Bundesrath unmöglich länger gleichgültig zusehen, vielmehr lag es in seiner Pflicht, die Absichten der zunächst betheiligten Mächte in Beziehung auf die neutralisirten Provinzen für den Fall kennen zu lernen, daß eine Abtretung Savoyens ins Werk gesetzt werden sollte. Er hat daher schon die erforderlichen Schritte gethan und er hat von Frankreich die beruhigende Zusicherung erhalten, daß die Frage der Abtretung Savoyens an Frankreich gegenwärtig nicht in Behandlung liege, daß aber auf jene Eventualität hin die Provinzen Chablais und Faucigny der Schweiz überlassen würden. Diese Erklärung wurde in mündlicher Unterredung theils durch die französische Gesandtschaft in Bern, theils durch Seine Excellenz, den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten an den schweizerischen Gesandten in Paris Anfangs Februar dieses Jahres abgegeben. Zu gleicher Zeit wurde dem Regierungspräsidenten von Genf eine gleiche Eröffnung durch den dortigen französischen Vizekonsul gemacht.

Es ist auch kein Geheimniß mehr, daß die französische Regierung schon am 5. Februar in vollkommen gleicher Weise sich gegen das großbritannische Ministerium ausgesprochen hat und daß bald nachher eine übereinstimmende Erklärung von der französischen Gesandtschaft in London an das sardinische Ministerium gelangt ist.

Diese Thatfachen waren geeignet, den Bundesrath zu beruhigen; er dachte, daß, sofern der Status quo, dessen Beibehaltung er jeder Aenderung vorgezogen hätte, nicht aufrecht erhalten werden könne, die Rechte und Interessen der Schweiz immerhin gewahrt und die Resultate durch die Mächte bestätigt und gewährleistet werden würden. Dessen ungeachtet bemühte er sich bestimmte schriftliche Zusagen zu erwirken, ohne indessen sich beunruhigt zu zeigen.

Um so größer war die Ueberraschung, als man den Proklamationen der Gouverneure von Annecy und Chambéry vom 8. und 10. März entnehmen mußte, die Bevölkerung Savoyens werde berufen, sich lediglich darüber auszusprechen, ob sie bei Piemont verbleiben oder für den Anschluß an Frankreich sich entscheiden wolle, während in diesem wichtigen Augenblicke der Schweiz und ihrer feierlich garantirten Rechte auf einzelne savoyische Landestheile mit keinem Worte gedacht war.

Unmöglich konnte der Bundesrath ein derartiges Vorgehen mit Stillschweigen hinnehmen. Er hätte einer schweren Verletzung an den ihm anvertrauten Landesinteressen sich schuldig gemacht, wenn er nicht mit aller Entschiedenheit gegen das angedeutete Procedere sich würde ausgesprochen haben. Mit Noten vom 12. März wurden daher die Vertreter der Schweiz in Paris und Turin angewiesen, die respectiven Ministerien darauf aufmerksam zu machen, daß bei einem allfälligen Arrangement in Beziehung auf Savoyen der Schweiz das Gehör nicht verschlossen werden dürfe; die Eidgenossenschaft stehe gerade mit Beziehung auf Savoyen, um dessen Abtretung es sich gegenwärtig handle, mit Sardinien in den engsten Vertragsverhältnissen, welche bis auf die jüngste Zeit herab von den sämtlichen theilhaftigen Mächten Europas in ihrer vollen Integrität anerkannt worden seien. Die Schweiz glaube daher ein Recht darauf zu haben, daß die Abtretung der neutralisirten Provinzen lediglich unter ihrer, als eines der Hauptpaciszenten Mitwirkung zu erfolgen habe und ohne ihr Einverständniß nicht geschehen dürfe, wenn der jezige Zustand wirklich unhaltbar sein sollte.

Die Schweiz gewärtigte daher rüffichtlich der fraglichen Provinzen solche positive Erklärungen, welche sie zu beruhigen im Stande wären und die Besorgnisse wegen etwaiger Beeinträchtigung ihrer wohl erworbenen Rechtsansprüche zu heben vermöchten.

Die Vertreter der Schweiz wurden angewiesen, gegen den von den Gouverneuren angekündigten Abstimmungsmodus zu protestiren und zu verlangen, daß vor der Abstimmung eine Verständigung mit der Schweiz

Platz greife, indem, wenn ihr nicht entsprochen werden sollte, sie genöthigt wäre, die Garanten der europäischen Verträge um ihre Vermittlung anzugehen.

Diese Notifikation wurde übergeben.

Eine entsprechende Gegenerklärung aber ist bis jetzt nicht erfolgt, und wenn die Schweiz auch noch mit allem Vertrauen auf die Zusagen hinblickt, welche ihr Anfangs Februar gemacht worden sind, so glaubt sie bei der gegenwärtigen Lage der Dinge und bei den bekannten Vorgängen in Savoyen die Pflicht und das Recht zu haben, eine solche Eröffnung zu verlangen, die geeignet wäre, sie in Beziehung auf ihre hier in Frage stehenden Interessen zu beruhigen.

Das rechtliche Fundament, auf welches die Ansprüche der Schweiz fußen, ist so bekannt, und so mannigfach erörtert, daß der Bundesrath sich dießfalls auf seine frühern Noten, namentlich auch auf die Denkschrift glaubt beziehen zu dürfen, welche seinem Zirkulare vom 18. November 1859 beigelegt war und in welcher der Gegenstand einläßlich in erschöpfender Weise dargelegt worden ist. Er glaubt daher sich auf die Hervorhebung einzelner der marquantesten Punkte beschränken zu können.

In dem Friedensschlusse, welcher im Jahr 1564 zwischen Bern und Savoyen durch die übrigen eidgenössischen Stände vermittelt und durch Frankreich und Spanien gewährleistet worden ist, findet sich wörtlich folgende Bestimmung:

„Kein Theil soll die ihm zugesprochenen Städte, Festungen, Land und Leute einem andern Fürsten, Herren, Städten, Landen und Gemeinden, wer sie auch sein möchten, weder kaus-, tausch- noch einiger andern Weise übergeben, damit ein Theil den andern fremder, ungeneiger und beschwerlicher Nachbarschaft enthalte und ein jeder derselben entladen sei und bleibe.“

Diese Bestimmung des Friedensvertrages vom Jahr 1564 wurde durch Art. 23 des Turinervertrages vom 16. März 1816 mit allen übrigen alten Traktaten bestätigt.

Das Instrument, durch das von Seite Sr. Majestät des Königs von Sardinien eine Gebietsabtretung zu Gunsten des Kantons Genf erfolgte, enthält die nachstehende, von den hohen Mächten am 29. März 1815 garantierte Bestimmung:

„Daß die Provinzen Chablais und Faucigny und alles von Ugene nördlich gelegene, Sr. Majestät zugehörige Land in der durch alle Mächte gewährleisteten schweizerischen Neutralität einbegriffen sein sollen; d. h. daß, so oft die der Schweiz benachbarten Mächte sich im Zustande wirklich ausgebrochener oder unmittelbar bevorstehender Feindseligkeiten befinden werden, die Truppen Sr. Majestät des Königs von Sardinien, welche allfällig in jenen Provinzen stehen möchten, sich zurückziehen und

„dafür, wenn es nothwendig ist, ihren Weg durch das Wallis nehmen können; daß keine andere bewaffnete Truppen irgend einer Macht sich dort aufhalten oder durchziehen können, mit Ausnahme derjenigen, welche die schweizerische Eidgenossenschaft daselbst aufzustellen für gut finden würde, wohlverstanden, daß dieses Verhältniß die Verwaltung jener Provinzen auf keine Weise beschränken soll, woselbst auch die Zivilbeamten Sr. Majestät des Königs die Bürgerwachen für Erhaltung guter Ordnung gebrauchen können.“

Diese Bestimmung wird durch den Art. 92 der Wienerkongressakte ausdrücklich bestätigt.

Endlich wird in der Erklärung, ausgestellt und unterzeichnet zu Paris am 20. November 1815, mit klaren Worten gesagt:

„Die Mächte anerkennen und gewährleisten gleichmäßig die Neutralität derjenigen Theile von Savoyen, welchen durch die Urkunde des Wienerkongresses vom 29. März 1815 und durch den Pariservertrag vom heutigen Tage der Genuß der schweizerischen Neutralität auf gleiche Weise zugesichert wird, als wären sie Bestandtheile dieses Landes.“

„Die Mächte, welche die Erklärung vom 20. März unterzeichnet haben, anerkennen durch die gegenwärtige rechtskräftige Urkunde, daß die Neutralität und Unverletzbarkeit der Schweiz sowie ihre Unabhängigkeit von jedem fremden Einflusse dem wahren Interesse aller europäischen Staaten entspreche.“

Der leitende Gedanke, von welchem die hohen Mächte bei diesen Stipulationen ausgegangen sind, ist offenbar kein anderer als der: die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz ist durch die allgemein europäische Wohlfahrt bedingt und um diese Neutralität und Unabhängigkeit nach Möglichkeit sicher zu stellen, werden in die schweizerische Neutralität einzelne Gebietstheile Savoyens eingeschlossen, welche zu einer wirksamen Vertheidigung der schweizerischen Unabhängigkeit absolut nothwendig erscheinen und ohne die der im europäischen Interesse liegende Zweck entweder nicht oder doch nur unvollständig erreicht werden könnte. Diese Gründe bestehen auch heute noch in gleicher Stärke.

Angeichts dieser Thatfachen, angeichts der von Europa der Eidgenossenschaft so feierlich gewährleisteten Rechte darf die Schweiz ihre Ansicht dahin aussprechen, daß ihre Ansprüche auf die neutralisirten Provinzen Savoyens nicht durch eine einfache Cession und eben so wenig durch eine Volksabstimmung vernichtet und verloren werden können.

Es kommt hier eben so wohl die geographische Nothwendigkeit als die politische Zweckmäßigkeit in Frage. Wenn Frankreich seine eigene Lage gegenüber einem mächtigen Norditalien dahin präzisiren zu sollen glaubte, daß es in seiner Pflicht liege, zur Sicherung der Gränzen die französischen Gebirgsabhängige zu reklamiren, um wie viel mehr wird eine solche Reklamation von Seite der Schweiz als begründet anerkannt werden müssen,

um wie viel mehr wird es sich rechtfertigen lassen, daß die Schweiz in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft mit zwei großen Militärmächten für sich eine solche Gränze verlange, die ihr eine nachhaltige Vertheidigung ihres westlichen Gebietes möglich mache und ohne die ihre Neutralität bedenklich und täglich gefährdet wäre.

Die geographische Lage der fraglichen Provinzen weist offenbar auf die Schweiz und nicht auf Frankreich hin. Hier sind keine Gebirgsabhängen, welche nach Frankreich ausmünden, sondern es bilden die betreffenden Landestheile die natürliche Fortsetzung der Kantone Waadt, Wallis und Genf; ihre natürliche Abgränzung findet sich gegen Osten in den Gebirgen, welche Savoyen von der Schweiz scheiden, und gegen Süden in der Alpenkette, welche den Süden Savoyens vom Norden trennt.

Die Anerkennung und Aufrechthaltung dieser Anschauung erweist sich eben so sehr als eine internationale Nothwendigkeit; denn wenn die nördlichen Provinzen Savoyens nicht an die Geschie der Schweiz geknüpft sind, so muß der so wichtige Simplonpaß, derjenige über den Großen Bernhardsberg, sowie die Kantone Waadt und Genf fortwährend als bedroht erscheinen.

Der Grund, warum wenigstens von einer Partei die Abtretung von ganz Savoyen an Frankreich betrieben wird, scheint darin zu liegen, daß es dem natürlichen Gefühl widerspreche, ein Land zu zerstückeln, das eine so lange Reihe von Jahren zusammen gelebt und eine so inhaltreiche Geschichte aufzuweisen habe.

Diese Pietätsrücksicht hätte allerdings ihre Berechtigung, wenn es sich überhaupt um die Losrennung von einer Dynastie handelte, mit welcher Savoyen seit Jahrhunderten verbunden war und deren Wiege in dem nun abzulösenden Landestheile gesucht werden muß.

Bermag man sich aber hierüber hinwegzusetzen, und sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, sein Schicksal an einen fremden Staat fortan zu knüpfen, so kann jener gegen eine Theilung des abzulösenden Landes vorgebrachte Grund kaum mehr von größerer Bedeutung erscheinen.

Dem Typus der mittelalterlichen Staatenbildung folgend, ist, ausgehend vom kleinen Anfange, erst nach und nach durch Eroberung und Succession dasjenige Landesgebiet entstanden, welches gegenwärtig als Herzogthum Savoyen vor Augen liegt. Der Kernpunkt, von dem aus das spätere Savoyen sich entwickelte, ist in der heutigen Provinz Maurienne zu finden, von wo aus es sich im Laufe der Jahrhunderte weiter entfaltete und selbst solche Theile in sich faßte, welche gegenwärtig schon zur schweizerischen Eidgenossenschaft gehören. Wie beim Beginne, so folgten im Verlaufe der Zeiten die einzelnen Landestheile, welche gesammte Savoyen ausmachten, dem Principe der Theilung und Zerstückelung. Die Kantone Waadt, Unterwallis und Genf gehören seit Jahrhunderten zur Schweiz, während andere Parzellen, wie das Bugey und die Bresse sich eben-

falls gegenwärtig schon Frankreich zugetheilt finden. Wie bereits bemerkt, deutet in Beziehung auf das jezige Savoyen die geographische Lage selbst auf eine Theilung hin, indem die Provinzen der südlichen Abdachung naturgemäß zu Frankreich, diejenigen der Nordabdachung aber ebenso natürlich zur Schweiz gehören.

Wichtiger aber, als diese geographische Lage ist ein anderer Faktor, nämlich die Bevölkerung selbst, deren Wohlfahrt doch in erster Linie in Berücksichtigung fallen wird. Nach ihren wichtigsten Lebensverhältnissen, in ihrem täglichen Verkehre, im Austausch der Landes- und Industrieprodukte, mit einem Wort, im ganzen Handel und Wandel ist die Bevölkerung der neutralisirten Provinzen vorzugsweise und beinahe ausschließlich auf die Schweiz angewiesen, während sie nach allen diesen Beziehungen zu dem übrigen Savoyen in keinem organischen, lebendigen Zusammenhange steht. Wie sehr diese Bevölkerung die eben dargelegten Verhältnisse zu würdigen weiß, wie sehr sie den Ernst ihrer Lage begreift, wie ängstlich sie der Zukunft entgegenblickt, dafür legt der Umstand vollgültiges Zeugniß ab, daß bereits jetzt schon über 11,000 Bürger aus freiem Antriebe ihren Wunsch zu erkennen gegeben haben, mit der Schweiz vereinigt zu werden, wenn die Stunde des Auscheidens aus dem piemontesischen Staatsverbande gekommen sei.

Um aus dieser schwierigen Lage herauszukommen, ist auch auf den Ausweg hingedeutet worden, daß in Beziehung auf die neutralisirten Provinzen der Status quo selbst dann festgehalten werden könnte, wenn ganz Savoyen an Frankreich abgetreten würde.

Der Bundesrath kann sich der Mühe überheben, auf eine Zergliederung dieser Hypothese einzutreten und deren Unhaltbarkeit nachzuweisen. Ein Zustand, der gegenüber einer Mittelmacht noch einen Sinn haben konnte, müßte als geradezu irrationell erscheinen gegenüber einer der größten Militärmächte Europas; er müßte ebenso sehr der Würde des einen wie des andern Staates widersprechen.

Ist ganz Savoyen an Frankreich cedirt, so wird dieser Staat entweder die Anerkennung des Status quo von sich ablehnen oder es erhält der bisherige Zustand für die Schweiz nur noch eine rein nominelle Bedeutung ohne allen realen Gehalt. Die Bestimmung, nach welcher die französischen Truppen, die zu einem gegebenen Zeitpunkte in den neutralisirten Provinzen stehen würden, sich eventuell durch den Kanton Wallis und über den Simplon zurückziehen sollten, würde fortan keinen Sinn mehr haben.

Nach Darlegung aller dieser verschiedenen Gesichtspunkte, darf die Schweiz es wagen, in einer für ihre ganze Zukunft so wichtigen und inhaltsschweren Angelegenheit die Vermittlung der hohen Mächte in Anspruch zu nehmen; sie thut dieß mit all' dem Vertrauen, das sie den Bürgen der allgemeinen gesellschaftlichen Ordnung Europas, den Garanten der Verträge, auf denen das Völkerrecht beruht, — schuldig ist.

Mit Vertrauen darf sie die Aufrechthaltung der ihr vertragemäßig zugesicherten Rechte erwarten; sie darf erwarten, daß, wenn wirklich eine Aenderung des jetzigen Zustandes stattfinden und Savoyen abgetreten werden soll, ihr durch Zutheilung der neutralisirten Provinzen die Möglichkeit gegeben werde, ihre Neutralität und Unabhängigkeit mit Aussicht auf Erfolg zu vertheidigen. In diesem Vertrauen wird die Schweiz sich um so weniger getäuscht sehen dürfen, als es sich nicht bloß um partikularistische Vortheile, sondern um Interessen handelt, denen von den hohen Mächten selbst eine allgemeine europäische Bedeutung zuerkannt worden ist, und als Frankreich ihr gegenüber noch in den jüngsten Tagen den Fortbestand seiner Geneigtheit bestätigt hat, diese Angelegenheit in einer Weise zu regeln, welche unsere Rechte und Interessen sicher stelle.

In der Zuversicht, daß sein Anliegen eine gerechte und unparteiische Würdigung finden und daß kein endgültiger Entscheid ohne seine Mitwirkung gefaßt werde, benutzt der schweizerische Bundesrath auch diesen Anlaß u. s. w.

Beilage E.

Note des französischen Ministers des Auswärtigen an den französischen Geschäftsträger in Bern.

Paris, le 17 mars 1860.

Monsieur,

M. Kern m'a remis la note dont j'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint la copie et qui a pour objet, comme vous le verrez, de protester, au nom de son Gouvernement, contre l'annexion à la France des districts de la Savoie soumis éventuellement à la neutralisation, en vertu des traités de 1815.

Cette démarche ne pouvait manquer de causer une profonde surprise au Gouvernement de Sa Majesté; l'Empereur a donné à la Suisse en plusieurs occasions des témoignages d'amitié qui auraient dû déterminer le Conseil fédéral à placer sa confiance dans la justice de la France. Il a préféré protester; je ne puis donc me dispenser de répondre à la communication qu'il nous a fait parvenir. Sa protestation est-elle fondée en droit, l'est-elle en fait? Telles sont les questions qu'il importe d'examiner et de résoudre pour apprécier le caractère et la valeur de la résolution prise par le Gouvernement helvétique.

En principe, la souveraineté implique essentiellement le droit d'aliénation; un souverain peut, quels que soient les motifs qui l'y déterminent, faire cession de tout ou partie de ses Etats, et l'on ne serait autorisé à

s'y opposer que s'il devait en résulter une perturbation dans l'équilibre et dans la distribution des forces en Europe. S. M. le Roi de Sardaigne est donc libre, dans la mesure de ses prérogatives, de renoncer à la possession de la Savoie en faveur de la France. Ce premier point ne saurait être contesté, et n'est susceptible, en droit strict, de faire l'objet d'aucun doute ni de soulever aucune difficulté légale.

En fait, cependant, l'exercice du droit souverain, en matière de cession, peut se trouver soumis, par des stipulations internationales, à des restrictions conventionnelles, et c'est ainsi que le Conseil fédéral croit devoir s'appuyer sur une convention de 1564 et sur les traités de 1815 pour prétendre que la Sardaigne ne peut se dessaisir de la Savoie sans méconnaître ses engagements. Le débat se réduit, par conséquent, à savoir dans quelle mesure le Gouvernement sarde est lié par les actes que je viens de rappeler.

La convention de 1564, exclusivement conclue entre les *Seigneurs de Berne* et le Duc de Savoie, avait pour but un partage et des délimitations que les événements postérieurs ont plusieurs fois modifiés, sans réclamation de la part de la Suisse. Elle se référerait à une situation et à des éventualités qui sont sans analogie avec l'état de possession actuel; elle se trouve donc périmée par la force des choses elle-même, et ceci est tellement vrai qu'il n'en a été fait aucune mention dans les actes de 1815, où l'on a pris soin, cependant, de rappeler les conventions antérieures restées ou maintenues en vigueur et notamment celle de 1754. Restent donc les traités de Vienne. Que stipulent-ils, et comment les Plénipotentiaires sont-ils tombés d'accord sur les clauses qui concernent la neutralisation éventuelle d'une partie de la Savoie? Il importe, pour préciser le caractère et la portée de ces clauses, de rappeler ici les négociations auxquelles elles ont donné lieu. La Suisse, au congrès de Vienne, sollicitait comme nécessaire à la défense de sa frontière méridionale, la cession de plusieurs territoires qui étaient également revendiqués par les Envoyés du Roi de Sardaigne. Les Plénipotentiaires sardes, après de longs pourparlers, adhérèrent à la demande de la Confédération helvétique, en subordonnant toutefois leur assentiment à une combinaison calculée dans l'intérêt du Piémont et dont ils prirent l'initiative; cette combinaison est précisément celle qui a eu pour effet d'étendre, dans certains cas, les garanties de la neutralité à la partie septentrionale de la Savoie. „Le soussigné, déclarait M. de St. Marsan, dans son memorandum du „26 Mars, est autorisé à consentir, en faveur du Canton de Genève à la „cession de territoire aux conditions suivantes : que les provinces de „Chablais et de Faucigny . . . soient comprises dans la neutralité hel- „vétique; . . . que les troupes sardes puissent se retirer par la route „du Valais; que les troupes armées d'aucune puissance ne puissent ni „séjourner ni passer dans ces provinces, à l'exception de celles que la „Confédération helvétique jugerait à propos d'y placer . . . “ Cet arrangement avait ainsi pour but de couvrir une portion de la Savoie, et la

Suisse, par son acquiescement, s'obligeait à en assurer l'exécution, en s'engageant, d'une part, à livrer passage aux forces sardes pour rentrer en Piémont, de l'autre à placer, au besoin, des troupes fédérales dans le pays neutralisé. L'engagement, accepté par la Confédération, était le prix d'une cession territoriale faite au Canton de Genève; la neutralisation éventuelle du Chablais et du Faucigny, une garantie stipulée au profit de la Sardaigne et la compensation d'un sacrifice. Cette neutralisation n'avait donc pas été primitivement combinée en vue de protéger la frontière suisse que sauvegardait suffisamment une barrière infranchissable, c'est-à-dire la neutralité proclamée par l'accord des puissances; elle a été, au contraire, imposée comme une charge à la Suisse qui l'a acceptée à titre onéreux. Comment dès-lors la Confédération helvétique serait-elle fondée à invoquer les actes de 1815 pour s'opposer à la cession de la Savoie à la France? Le Conseil fédéral pourrait prétendre que cette cession modifiant les termes du contrat, il lui est loisible de se considérer comme exonéré, à l'égard de la Sardaigne, de l'obligation de veiller au maintien de la neutralité du Chablais et du Faucigny; mais on ne comprendrait pas qu'il voulut s'en prévaloir pour contester au Piémont le droit de disposer de cette province et soutenir qu'il est porté atteinte aux sécurités garanties à la Confédération. La situation de la Suisse, telle qu'elle ressort de l'exposé des négociations, n'établit-elle pas que le Conseil fédéral s'interpose, sans raisons légitimes, dans les arrangements que le Gouvernement de l'Empereur et celui du Roi Victor-Emmanuel se proposent de conclure.

Je reconnais, au surplus, Monsieur, qu'il y a lieu d'examiner comment les stipulations de 1815, sur ce point spécial, se rattachent à l'ensemble des combinaisons arrêtées d'un commun accord, à cette époque, entre les Puissances signataires des traités de Vienne pour assurer la neutralité de la Confédération helvétique. Mais c'est là une question que le Gouvernement de l'Empereur doit traiter avec ces mêmes Puissances, et je n'hésite pas à dire que nous sommes disposés à adopter les tempéraments suggérés soit par l'intérêt général, soit surtout par l'intérêt de la Suisse.

Vous voudrez bien, Monsieur, donner lecture et remettre copie de cette dépêche à M. le Président du Conseil fédéral.

Recevez, Monsieur, les assurances de ma considération la plus distinguée.

(Signé) Thouvenel.

Beilage F.

Note des Bundesrathes an den schweiz. Minister in Paris,
vom 24. März 1860.

Tit. I

Herr Lilloz, französischer Geschäftsträger ad interim in Bern, hat dem Herrn Bundespräsidenten der Eidgenossenschaft Kenntniß gegeben von einer vom 17. 1. M. datirten Note, welche von Sr. Excellenz, dem, franz. Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den Repräsentanten Frankreichs gerichtet worden und die als Antwort auf Ihren unterm 15. März abgegebenen Protest gegen die bedingungslose Abtretung Savoyens an Frankreich zu betrachten ist.

Der Herr Minister spricht darin die Ansicht aus, die Schweiz habe so mannigfache Beweise der Freundschaft von Frankreich erhalten, daß man hätte erwarten dürfen, der Bundesrath würde volles Vertrauen in die Gerechtigkeit Frankreichs setzen.

Die Schweiz habe aber um so weniger Grund zur Protestation gehabt, als es wesentlich dem Prinzip der Souveränität entspreche, daß ein Staat dem andern Cessionen machen könne, sofern hiedurch nicht das Gleichgewicht und die Machtstellung in Europa bedroht erscheine. Indem daher der König von Sardinien Savoyen an Frankreich abtrete, handle er lediglich innerhalb seiner Prärogativen und übe er ein Recht aus, das ihm von Niemand bestritten werden könne. Es werde sich daher nur noch darum handeln können, ob die Regierung von Sardinien in der Ausübung jenes Souveränitätsrechtes durch internationale Verträge beschränkt erscheinen müsse. Dieß vermöge das franz. Ministerium um so weniger zuzugeben, als der in erster Linie angerufene Friedensschluß von 1564 ausschließlich zwischen den gnädigen Herren von Bern und dem Herzog von Savoyen aufgerichtet worden, jedoch durch die Macht der Verhältnisse seit-her erloschen sei.

Mittels der Verträge von 1815 habe Sardinien bloß beabsichtigt, einen Theil Savoyens durch die Ausdehnung der schweiz. Neutralität auf denselben zu decken und die Schweiz sei das Arrangement unter onerosomem Titel eingegangen. In Folge der Cession könnte daher die Eidgenossenschaft bloß behaupten, daß sie jener übernommenen Last entbunden sei, keineswegs aber, daß dadurch ihre eigene Sicherheit bedroht werde.

Der schweiz. Bundesrath darf den Inhalt dieser Note um so weniger mit Stillschweigen übergehen, als er die darin entwickelten Anschauungsweise weder zu theilen, noch als historisch begründet anzusehen vermag. Er erlaubt sich in seiner Erwiderung zunächst an den letzten Theil der Note anzuknüpfen, der sich über den Inhalt und die Bedeutung der citirten Verträge verbreitet. In der Hauptsache darf er sich auf die einkläffliche Denkschrift berufen, welche unter seinen Auspizien über die Beziehungen

zwischen der Schweiz und dem neutralisirten Savoyen zu Ende des vorigen Jahres ausgearbeitet und den sämmtlichen hohen Mächten mitgetheilt worden ist. Inzwischen kann er nicht umhin, speziell auf folgende Punkte hinzuweisen, auf welche nach seinem Dafürhalten die Note vom 17. März theils zu geringes Gewicht zu legen, oder welche sie zum Theil ganz zu übergehen scheint.

Der Friedenstraktat von 1564 ist nämlich keineswegs ausschließlich zwischen Bern und Savoyen abgeschlossen worden, sondern es wurde derselbe durch eine schiedsrichterliche Dazwischenkunft der elf unbetheiligten eidg. Stände vermittelt und von Frankreich und Spanien ausdrücklich garantirt, indem die Unterschriften dieser hohen Garanten auf dem Friedensinstrumente ebenfalls kompariren.

Dass dieser Vertrag durch die seitherigen Ereignisse erloschen sein sollte, dafür liegen keine zureichenden Gründe vor. Auch Frankreich scheint noch in neuerer Zeit von einer andern Anschauungsweise ausgegangen zu sein, indem das Recht, die Waadt militärisch zu besetzen, im Jahr 1798 gerade aus dem Vertrage von 1564 hergeleitet worden ist, der nun, wo er heute von der Schweiz angerufen wird, seine Wirkung verloren haben soll.

Für die positive Gültigkeit dieses Vertrages spricht dann aber der Artikel 23 des Turiner Vertrages vom 16. März 1816, welcher wörtlich sich dahin ausspricht: „die Verfügungen der alten Traktate und insbesondere desjenigen vom 3. Juni 1754, insoferne sie nicht ausdrücklich durch den gegenwärtigen Vertrag aufgehoben werden, sind bestätigt.“

Eine ausdrückliche Aufhebung des Vertrages von 1564 findet sich aber nicht vor und daher rechtfertigt sich der Schluss, daß auch er durch den allegirten Artikel seine Bestätigung gefunden habe.

Ueber den Ursprung und die Tragweite der Verträge von 1815, soweit sie die Rechte der Schweiz auf das neutralisirte Savoyen betreffen, geben die Verhandlungsprotokolle und die gewechselten Noten hinlänglichen Aufschluß und es ist gerade dieses Verhältniß in der angerufenen Denkschrift, gestützt auf die Urkunden, mit großer Einläßlichkeit behandelt worden. Darnach ergibt es sich mit aller Bestimmtheit, daß gerade die Genfer-Abordnung am Wiener-Kongreß den Gedanken einer theilweisen Neutralisirung Savoyens angeregt und mit vieler Energie verfolgt hat. Es wurde mit aller Bestimmtheit darauf hingewiesen, daß diese Neutralisirung sowol im Interesse der Schweiz, als in demjenigen Sardiniens liege, daß ohne dieselbe die Kantone Wallis und Gené, insbesondere auch der Simplonpaß fortwährend als bedroht erscheinen müßten und daß ohne die Neutralisirung von einer wirksamen Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität, also von der Behauptung der Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft nicht die Rede sein könne. Gestützt auf diese, mit Rücksicht auf die geographische Lage Nordsavoyens vollständig zureichenden Gründe wurden in dem Vertrag vom 29. März 1815 die bekannten, in gegenwärtigem Momente

zu erneuerter Bedeutung gelangten Stipulationen aufgenommen. Es wurden die Provinzen Chablais und Faucigny und alles von Ugene nördlich gelegene Land als in der schweizerischen Neutralität inbegriffen erklärt; — es wurde festgesetzt, daß im Kriegsfall keine Truppen irgend einer Macht sich dort aufhalten oder durchziehen können. Es wurde endlich der Eidgenossenschaft das Recht zugestanden, ohne Beeinträchtigung der Zivilverwaltung, Truppen in den neutralisirten Provinzen aufzustellen, in der Absicht, die Aufrechthaltung ihrer eigenen Neutralität mit Aussicht auf Erfolg zu vertheidigen. Durch die europäischen Verträge vom 29. März und 20. November 1815 hat die Schweiz offenbar nicht bloß Lasten übernommen, sondern im Gegentheile auch sehr wichtige Rechte erworben, welche mit ihrer Selbsterhaltung unverkennbar im engsten Zusammenhange stehen. Von einer Uebernahme des Verhältnisses unter onerosom Titel kann somit nicht die Rede sein und ein Widerspruch der Schweiz bezog sich keineswegs auf Nordsavoyen, sondern erhob sich erst nach dem zweiten Pariser Frieden, durch welchen die jenseits des Gebirges gelegenen Landestheile, mit Chablais, Faucigny und Hoch-Genevois in die gleiche Kategorie gesetzt wurden und hinsichtlich welcher keine zureichenden Gründe vorzuliegen schienen, um sie gleichfalls in den Neutralitäts-Rayon aufzunehmen.

Gegen die Ueberlassung der neutralisirten Provinzen im engeren Sinne, oder Nordsavoyens, ist vielfach auf den Widerspruch hingewiesen worden, welchen die Theilung Savoyens von gewisser Seite her erfahren habe. An einem andern Orte ist nachgewiesen worden, daß eine solche Theilung (*Démembrement*) durchaus keine neue Erscheinung in der Geschichte Savoyens sei und auch die neuere Zeit liefert hiefür einen ausdrücklichen Beweis, da gerade im Jahr 1815 einzelne savoyische Landestheile bereits wieder an Piemont zurückgegeben waren, während hinwieder andere noch mit Frankreich verbunden blieben.

Beruft man sich auf die Volksstimmung, welche hier maßgebend erscheine und deren Bedeutung der Bundesrath keineswegs verkennt, so darf für die Bevölkerung Nordsavoyens nach allen Grundsätzen der Billigkeit das Recht der freien Meinungsäußerung gleichfalls in Anspruch genommen werden. Oder fallen die 12,000 Bürger nicht in Betracht, welche bereits schon für den Anschluß an die Schweiz sich ausgesprochen haben; welche erklärt haben, daß ihre Interessen und Wünsche, ihre Bestrebungen, Bedürfnisse und Sympathien durchaus andere seien, als diejenigen der südlichen Provinzen?

Wenn nun auch die Schweiz in erster Linie sich für die Beibehaltung des Status quo ausgesprochen, so hat sie auf der andern Seite doch keine Schritte gethan, aus welchen ein absoluter Widerstand gegen eine Cession Savoyens abgeleitet werden könnte. Sie will auch in die Prärogativen Sr. Majestät des Königs von Sardinien in keiner Weise eingreifen, sie enthält sich vielmehr dießfalls hier einer diplomatisch-politischen Erörterung. Was die Schweiz verlangte und worauf sie glaubt bestehen zu können,

ohne gegen die Prinzipien der Gerechtigkeit und der Billigkeit irgend zu fehlen, ist das Begehren, daß ihr wohlervordenen, von den Mächten feierlich garantirten Rechte geachtet und daß darüber nicht ohne ihr Vorwissen und ohne ihre Mitwirkung verfügt werde. In diesem Sinne hat sich der Bundesrath namentlich auch in seiner Note vom 9. März in Paris und Turin ausgesprochen.

Der Bundesrath hat die Beweise der Freundschaft und Nachbarlichkeit von Seite Frankreichs keinen Augenblick mißkannt. Er hat mit allem Vertrauen die ihm am 6. Februar gemachten Zusagen aufgenommen, er hat es insbesondere lebhaft anerkannt, daß in der Note des Hrn. von Thouvenel an die französische Gesandtschaft in Turin vom 24. v. M. der bestimmte Wille kundgegeben ist, bei einem Arrangement die Interessen der Schweiz angemessen zu berücksichtigen. Nachdem nun aber die Cessionsfrage den Großmächten unterbreitet worden ist, konnte es wol Niemand der Schweiz verdenken, wenn auch sie an die Garanten der Verträge mit dem Begehren sich wandte, daß in einer Angelegenheit, in welcher ihre wichtigsten Interessen in Frage stehen, nicht ohne ihre Mitwirkung entschieden werde. Diese Bedeutung ist den vom Bundesrathe gethanen Schritten lediglich beizumessen und die Schweiz darf hoffen, daß ihre Gründe eine unparteiische Beurtheilung finden, daß namentlich auch Frankreich geneigt sein werde, denselben eine gerechte Würdigung angedeihen zu lassen.

Der Standpunkt, welcher für die Schweiz maßgebend ist, läßt sich in Folgendem zusammenfassen: zu einer wirksamen Aufrechthaltung ihrer Neutralität und ihrer Unabhängigkeit bedarf sie der Rechte, welche ihr gegenüber dem neutralisirten Savoyen durch die Verträge gewährleistet sind.

Diese Rechte wurden von den Mächten, als im selbsteigenen Interesse Europas liegend, anerkannt.

Nach den internationalen und völkerrechtlich festgestellten Grundsätzen kann über solche Rechte ohne Mitwirkung des einen der Hauptpaartheiten nicht verfügt werden, weshalb zutrauensvoll erwartet werden darf, daß die Cessionsfrage nur unter Bethätigung der Schweiz selbst, im Einverständnisse mit ihr und unter loyaler Wahrung ihrer Interessen eine Erledigung finde, zu welchem Zwecke Frankreich insbesondere seine freundschaftliche und verdankenswerthe Beihülfe nicht versagen wird.

Sie werden eingeladen, dem Herrn Minister von Thouvenel diese Note vorzulesen und ihm davon eine Abschrift zu hinterlassen.

Beilage G.

Note des französischen Ministers des Auswärtigen an den französischen Geschäftsträger in Bern, vom 26. März 1860.

Monsieur,

Vous connaissez, par la copie que je vous ai transmise avant-hier, la note que M. le Président du Conseil fédéral nous a adressée, en même temps qu'aux autres Puissances, dont il invoque l'intervention diplomatique à l'appui des droits qu'il se croit fondé à faire valoir à l'égard du Chablais et du Faucigny. Sans rentrer dans une discussion qu'il me semble pour le moment inopportun de prolonger, je me borne à déclarer de nouveau que le Gouvernement de l'Empereur n'entend altérer aucune des conditions légitimes sur lesquelles repose la neutralité de la Suisse, et je ne saurais en fournir une meilleure preuve qu'en citant ici textuellement l'article 2 du Traité de réunion de la Savoie et de l'arrondissement de Nice à la France, qui a été signé le 24 de ce mois à Turin :

„Il est entendu, dit cet article, que Sa Majesté le Roi de Sardaigne ne peut transférer les parties neutralisées de la Savoie qu'aux conditions auxquelles il les possède lui-même, et qu'il appartiendra à Sa Majesté l'Empereur des Français de s'entendre à ce sujet, tant avec les Puissances représentées au Congrès de Vienne qu'avec la Confédération helvétique, et de leur donner les garanties qui résultent des stipulations rappelées dans le présent article.“

Comme vous le voyez, Monsieur, cette disposition est de nature à rassurer complètement le Conseil fédéral; il me semble, dès-lors, que toutes les appréhensions doivent disparaître en présence de cet engagement spontané, et que, certain désormais de pouvoir discuter les garanties qui seront, à la suite d'une entente européenne, jugées les plus propres à réaliser, dans ses rapports avec la neutralité permanente de la Suisse, l'objet des stipulations relatives à la neutralisation éventuelle d'une partie de la Savoie, le Gouvernement Helvétique n'a pas à craindre que cet intérêt, dont nous avons ainsi reconnu l'importance, ne soit pas réglé d'une façon satisfaisante. Le Gouvernement de l'Empereur se plaît donc à espérer que le Conseil fédéral mettra ses soins à calmer une agitation tout au moins stérile, et qu'il profitera de la prochaine réunion de l'Assemblée fédérale pour dissiper des inquiétudes aussi peu fondées que contraires à nos relations amicales avec la Suisse.

Vous êtes autorisés à communiquer cette dépêche à S. Exc. M. Frey-Herosée et à lui en donner copie.

Recevez, Monsieur, les assurances de ma considération la plus distinguée.

(Signé) Thouvenel.

Beilage H.

Adresse der Bewohner von Nordsavoyen an den schweiz. Bundesrath.

Tit.,

La Savoie va être détachée de la Monarchie Sarde; aucun doute n'est plus possible à cet égard, depuis la déclaration formelle de M. le Comte Cavour, dans sa dépêche du 2 Mars courant, et les publications faites le 8 par les Gouverneurs de Chambéry et d'Annecy. Quoique dans nos provinces du Nord de la Savoie, cet événement ne fût ni provoqué, ni désiré, il était impossible depuis quelque temps de ne pas en envisager la réalisation comme probable, et c'est en prévision de ce résultat que ces provinces, prenant conseil de leurs droits et de leurs intérêts, ont manifesté par de nombreuses et libres adhésions le vœu, dans le cas où leur Roi les délierait de leur serment de fidélité d'être réunies à la Confédération suisse.

Il est inutile, Très-Honorés Messieurs, de vous faire connaître les motifs qui ont dicté ce vœu. Vous savez quels rapports intimes et journaliers nous rapprochent des Cantons de Vaud et de Genève, et comment nos intérêts aussi bien que la direction de nos vallées font converger vers le sol helvétique les populations du Nord de la Savoie. N'était-ce pas d'ailleurs la Suisse qui devait au jour du danger, couvrir de ses soldats nos frontières dégarnies? Et cette protection éventuelle ne désignait-elle pas d'avance comme notre terre d'adoption la patrie de Guillaume Tell?

Le moment étant venu d'exprimer devant l'Europe les désirs qui nous animent, nous devons avant tout les manifester à la Confédération suisse, par qui nous osons espérer qu'ils seront favorablement accueillis. Si nous ne nous trompons pas dans notre attente, nous sollicitons, Très-Honorés Messieurs, votre appui dans les efforts qui nous restent à faire pour arriver à un résultat que nous croyons conforme aux intérêts de votre noble pays.

En répondant à notre appel, vous répondrez à des vœux qui sont l'expression sincère de cette volonté populaire qui est à la base de vos institutions républicaines.

C'est ce dont pourra vous convaincre la vue des signatures apposées dans le Chablais, le Faucigny et le Genevois, à la déclaration ci-jointe.

Nous espérons qu'après en avoir pris connaissance, vous sentirez que ce ne sont pas des individus sans mandat, mais des citoyens exprimant eux-mêmes leur volonté, qui s'adressent à Vous.

Agréez, Monsieur le Président et Messieurs, la respectueuse assurance de notre profonde considération.

Le 16 Mars 1860

Les Présidents des Comités :

(Signé)

Bard, Joseph, avocat, à Bonneville.

Betemps, Th.-A., ingénieur-géographe, à Thonon.

Faurax, Henri, avocat, à Saint-Julien.

Beilage J.

Manifest der Nordsavoyer an den König von Sardinien.

Sire !

Un évènement que nous avons dû prévoir avec douleur, mais dont il n'était pas en notre puissance d'empêcher l'accomplissement, est sur le point de se réaliser.

Les rapports séculaires qui unissent notre pays à la glorieuse Maison de Savoie vont cesser malgré nous ; mais avant de les voir se rompre, nous osons adresser à Votre Majesté une dernière et pressante sollicitation.

Daignez l'écouter, Sire ! Votre souvenir restera parmi nous indissolublement lié à ce suprême bienfait. Si quelque chose peut nous consoler de perdre les privilèges de la monarchie constitutionnelle, c'est le droit de librement choisir de nouvelles destinées.

L'exercice sincère et complet de ce droit, voilà ce que réclament de vous, Sire, vos provinces de la Savoie du Nord.

Votre Majesté connaît trop bien les différences qui existent entre cette partie de ses Etats et le reste du pays au-delà des monts, pour s'étonner qu'une fois l'unité monarchique rompue, ces provinces demandent à ne prendre conseil que de leurs intérêts, de leurs sympathies, de leur position, et de leurs besoins, dans la décision qui réglera leur avenir.

Votre Majesté ne s'étonnera pas davantage si c'est vers la Suisse que tout les attire, et si, dans la prévision d'une séparation qu'elles ne désiraient pas, elles ont d'avance exprimé ce sentiment avec assez de solennité, pour qu'elles puissent demander que Votre Gouvernement autorise officiellement une nouvelle et plus complète manifestation de leurs vœux.

Le vote séparé et l'alternative de devenir suisses laissée à leur choix, voilà ce qui seul permettra aux populations du Chablais, du Faucigny, et du Nord du Genevois, de faire connaître leurs véritables désirs. Ne leur offrir d'option qu'entre un *status quo* devenu impossible et une solution contraire aux vœux qu'elles ont si généralement exprimés, ce serait substituer la contrainte à la liberté, et supprimer d'avance la sincérité du scrutin.

Vous êtes encore notre Roi, Sire, et Vous ne consentirez pas à ce que le dernier acte de Votre Règne manque de cette loyauté qui est devenue inséparable de Votre Nom.

Que Votre Majesté veuille jeter les yeux sur la déclaration ci-jointe et sur les signatures qui l'accompagnent ; Elle se convaincra que c'est bien la voix de ses fidèles sujets qui se fait entendre à Elle, et,

en exauçant leur demande, Elle remplira les coeurs d'une éternelle gratitude.

Daignez agréer, Sire, l'expression des profonds et respectueux hommages de Vos dévoués et fidèles sujets.

Le 16 Mars 1860.

Les présidents des comités :

Bard, Joseph, avocat, à Bonneville.

Bétemps, Fr.-A., ingénieur-géographe, à Thonon.

Faurax, Henri, avocat, à Saint-Julien.

Beilage K.

A Sa Majesté Napoléon III, Empereur des Français.

Sire !

Nous venons humblement supplier Votre Majesté de daigner jeter les yeux sur l'exposé suivant dans lequel nous avons cherché à résumer les vœux et les espérances de la Savoie du Nord.

Lorsqu'il fut certain que sous le nom de Royaume d'Italie, un grand Etat allait se former au-delà des Alpes, il vint à la pensée de tous que, songeant à sa propre défense, la France réclamerait un jour les versants Français de ces mêmes montagnes.

En prévision de cette même éventualité, la Suisse, au nom des Traités, revendiqua les Provinces du Chablais, du Faucigny et une partie du Genevois.

Elle disait que cette région septentrionale de la Savoie avait été neutralisée dans son intérêt non moins que dans celui de l'équilibre européen.

Des publicistes ont contesté ce droit de la Confédération helvétique en soutenant que la neutralité n'avait été établie qu'en faveur de la Sardaigne.

Laissant de côté les traités, nous nous sommes d'abord demandé si la Savoie du Nord faisait partie de la ligne défensive nécessaire à la sûreté de la France, car nous avions assez de sympathies pour cette grande nation pour lui faire le sacrifice de nos intérêts dès l'instant où ce sacrifice serait nécessaire à l'accomplissement de la mission civilisatrice que la Providence lui a imposée.

Mais il nous semble que dans la division actuelle des peuples de l'Europe, les Alpes de la Savoie du Midi ont une destination complètement distincte de celles de la Savoie du Nord. Dans les premières se trouvent

les passages du Mont Cenis et du petit St-Bernard. Descendant par ces défilés, une armée venant d'Italie pourrait déboucher directement sur le sol français. Il est de l'intérêt de la France d'occuper le versant de cette partie de nos montagnes.

Les Alpes de la Savoie du Nord aboutissent toutes à la Suisse, elles sont nécessaires à cette Puissance pour la défense des passages du grand St-Bernard et du Simplon qui ont été confiés à sa neutralité.

D'autre part la Savoie du Nord est un pays pauvre, purement agricole. C'est en Suisse que le Savoisien du Nord vend ses produits, qu'il achète tout ce dont il peut avoir besoin. Il n'a aucune relation avec les Provinces du Midi, il ne va à Chambéry ou à Annecy que lorsqu'il y est appelé par des affaires administratives ou judiciaires. Le sol français le voit plus rarement encore parce qu'il ne peut s'y rendre qu'en traversant le territoire d'un peuple étranger ou en faisant un long détour.

N'étant point nécessaires à la France, devions-nous immoler nos intérêts quotidiens et nos relations naturelles au sentiment sympathique que nous éprouvons tous pour la Nation française ?

Non, sans doute, et alors persuadés que nos vœux n'avaient rien qui ne fût compatible avec notre respectueuse admiration pour la France, nous avons fait à nos concitoyens un appel franc et loyal. Déjà ils nous ont répondu par plus de onze mille signatures. L'élan populaire était trop unanime pour que les efforts de quelques ambitions personnelles, de quelques influences hostiles à l'idée suisse puissent l'arrêter. La voix même de quelques membres d'un clergé, tout puissant dans d'autres circonstances, n'a pas eu d'écho dans des populations qui lui étaient ordinairement soumises et dociles.

Cette imposante manifestation de l'opinion publique a eu lieu avec un calme et un recueillement qui prouve combien le peuple comprenait l'importance du grand acte qu'il accomplissait.

Aujourd'hui la Savoie du Midi, sous l'empire d'intérêts locaux vient d'obtenir de quelques membres des conseils provinciaux une déclaration qui, sous le prétexte d'opposition au démembrement de la Savoie, n'est autre chose que le sacrifice de la minorité aux calculs égoïstes de deux villes qui croient qu'il est nécessaire à leurs intérêts d'entraîner avec elles la Savoie du Nord.

Chambéry veut conserver le siège d'une cour d'appel et Annecy veut être le chef-lieu d'un Département, et la réalisation de ces deux projets exige, paraît-il, que la Savoie ne soit point démembrée.

Nous avons pleine confiance dans la magnanimité de l'auguste Empereur qui tient si haut le drapeau de la France. Nous savons quelle autorité il a toujours attachée à l'expression des vœux populaires en considérant la voix du plus obscur des citoyens comme égale à celle de l'homme le plus haut placé.

Nous savons quelle justice préside à tous les actes de son administration, avec quelle sollicitude il étudie par lui-même toutes les

questions qui lui sont soumises. Aussi forts de l'appui que nous donnent aujourd'hui les adhésions si nombreuses ~~des habitants de la Savoie du Nord~~, nous espérons ~~que les efforts d'hommes sans mandat, nommés sous la pré-~~ ~~paration d'intérêts différents par un suffrage restreint ne~~ ~~soient pas un obstacle à ce que nos voix soient entendues.~~

Sire !

Nous ne pouvons pas aller jusqu'à vous, mais longtemps vous avez habité près de nos contrées. Nos intérêts doivent vous être connus. Peut-être on vous a trompé sur nos vœux. S'il faut une nouvelle épreuve, permettez nous de voter d'une manière libre et régulière entre la Suisse et la France.

Entendez-nous, Sire, et si nous ne pouvons pas être les enfants de la France, nous serons toujours pour elle des frères. Si jamais elle était menacée, elle nous trouverait pleins de reconnaissance pour sa générosité. Nous serions tous à l'avant-garde des armées qui doivent disputer à ses ennemis les passages dont elle aurait laissé la défense à notre amitié.

Enfin, Sire, que Votre Majesté daigne jeter aussi les yeux sur la déclaration ci-jointe et sur les signatures qui la suivent, Elle y verra l'expression authentique des vœux de cette Savoie du Nord, au nom de laquelle nous venons humblement, mais pleins de confiance dans votre équité, intercéder, Sire, auprès de Vous.

16 Mars 1860.

Suivent les signatures des présidents des comités :

Bard, J. L., avocat, à Bonneville.

Bétemps, Fr.-Ad., Ingén.-Géogr., à Thonon.

H. Faurax, avocat, à St.-Julien.

Beilage L.

Adresse der Nordsavoyer an die Garanten der Wiener-Verträge.

Au Hautes Puissances !

Les soussignés ont l'honneur d'exposer, au nom d'un grand nombre de leurs compatriotes, qu'appelés, comme ressortissants de la monarchie sarde, à voir se rompre définitivement les liens qui les unissaient à leur Roi et à manifester, en conséquence, les vœux qu'ils forment pour la reconstitution politique de leur pays, — ils croient devoir faire connaître aux Puissances, dont l'assentiment a été jusqu'ici nécessaire aux remaniements territoriaux en Europe, que les populations habitant la Savoie du nord ont déjà, en prévision d'une séparation regrettable de la monarchie sarde, témoigné hautement, par des adhésions personnelles et nombreuses, leur désir d'être, en ce cas, réunis à la Confédération suisse, dont d'anciennes relations de bon voisinage,

la communauté des intérêts, des habitudes, des besoins et des mœurs les a depuis longtemps intimement rapprochées.

Ce désir, qui dès lors a trouvé sa sanction dans les assurances données par les gouvernements français et sarde, que la volonté des populations comme les intérêts de la Suisse, qui possèdent les droits sur notre territoire, seraient pris en considération, — les autorise à réclamer de ceux à l'examen desquels le Chef du gouvernement français a déclaré que cette affaire doit être soumise, leur bienveillante attention et leur sérieux appui.

En conséquence, ils ont l'honneur de porter à la connaissance des Hautes Puissances, le texte de la déclaration ci-jointe qui émane des provinces du Chablais, du Faucigny et du Genevois, avec les signatures déjà au nombre de plus de onze mille recueillies jusqu'à ce jour dans les communes de ces trois provinces.

16 Mars 1860.

Les Présidents des Comités :

Bard, Joseph, avocat, Bonneville.

Bètemps, Th.-A., ingénieur-géogr., Thonon.

Faurax, Henri, avocat, St.-Julien.

Déclaration des habitants du Nord de la Savoie.

Les soussignés, habitant les communes des Provinces du Chablais, du Faucigny et du Genevois, inquiets des bruits qui se répandent, et d'après lesquels la Savoie cesserait de faire partie des Etats de Sa Majesté Sarde, désirent consigner ici l'expression de leur dévouement au Roi, et le vœu qu'ils forment de ne voir aucun changement apporté à leur union avec la Monarchie Sarde.

Mais, d'autre part, et dans le cas où des raisons politiques dont ils ne veulent point se faire juges, rendraient une séparation inévitable, ils sont convaincus que leur Souverain ne disposera pas de sujets fidèles, sans leur avoir permis de manifester leurs vœux, dans une circonstance aussi importante pour leur avenir.

En conséquence, et malgré les sympathies que peut éveiller un grand et glorieux Empire, ils témoignent expressément leur désir d'être réunis à la Confédération Suisse, de laquelle les rapprochent dès longtemps la communauté des intérêts et des sentiments, ainsi que les relations de bonne amitié dont ils ont reçu tant de preuves.

(Suivent 12,000 signatures.)

Beilage M.

Note des R. Sardinischen Ministers des Auswärtigen an den Sardinischen Gesandten in Bern.

Turin, le 21 Mars 1860.

Monsieur le Commandeur,

M. Tourte m'a remis copie de la note que vous trouverez ci-jointe, par laquelle le Conseil fédéral appelle l'attention du Gouvernement du Roi sur la position juridique des Provinces neutralisées de la Savoie. Il rappelle, à cet effet, le Traité de 1564 entre la Savoie et Berne et les stipulations de 1815.

M. Tourte, en me laissant copie de cette note, m'en a adressé une autre, dans laquelle, en se référant aux proclamations des Gouverneurs de Chambéry et d'Annecy annonçant une votation prochaine relative à l'annexion de la Savoie à la France, il proteste, au nom du Conseil fédéral, contre toute votation ou tout autre acte dont le résultat pourrait apporter un changement à l'état actuel des choses en Savoie. Vous trouverez également ci-joint copie de la note de l'Envoyé extraordinaire de la Suisse.

J'ai répondu verbalement à M. Tourte que je ne comprenais pas comment la marche que le Cabinet du Roi avait suivie, dans cette circonstance, avait pu être un sujet de récriminations de la part du Conseil fédéral. En effet, il aurait suffi de lire la réponse que, par l'entremise du Chargé d'Affaires de S. M. à Paris, j'avais faite à la communication dans laquelle M. Thouvenel avait demandé des garanties pour la sécurité de la France, pour se convaincre que le Cabinet du Roi, ne pouvant se refuser à reconnaître la valeur d'un vote qui serait prononcé, d'une manière légale, par les populations de la Savoie, n'avait fait cependant cette déclaration que sur les assurances, exprimées dans les Notes du Cabinet Français, de prendre en sérieuse considération les intérêts de la Suisse. J'ai ajouté à M. Tourte que je comprenais moins encore de quel droit la Suisse protestait, non seulement contre toute modification territoriale de la Savoie, mais contre toute votation tendante à constater légalement les vœux des populations. Il y a là un oubli singulier des droits de souveraineté de S. M. qu'il est assez difficile de s'expliquer, même en tenant compte des stipulations internationales invoquées par le Conseil fédéral.

Je ne crois donc pas convenable de m'arrêter sur cette partie de la communication de la Confédération Helvétique, et je me bornerai à quelques remarques sur la valeur attribuée, par le Conseil fédéral, au traité de 1564 et aux transactions de 1815.

Le traité de Lausanne du 30 Octobre 1564, entre Emmanuel Philibert et les Seigneurs de Berne. en stipulant la restitution, à la Maison de Savoie, de toute la Seigneurie de Gex, aussy la part qu'ils (les Seigneurs de Berne) ont conquis du ressort du Chablais situé de là le Lac et le Rosne, semblablement tout ce qu'ils ont occupé du Genevois, etc. porte, à l'art. XIV, que nulles des parties n'aliénera ces Pays à une autre Puissance.

Cette limitation du droit de souveraineté était, par sa nature même, transitoire, et elle devait disparaître avec les causes qui l'avaient fait admettre. Elle devait cesser par l'accord tacite ou exprimé, des parties contractantes, ou bien par l'effet des stipulations générales qui ont postérieurement réglé le droit public de l'Europe.

Nous voyons en effet que la clause précitée se trouve, dès 1601, considérée comme abrogée lorsque, par le traité de Lyon, Charles Emmanuel I cédait à la France la Seigneurie de Gex avec toutes ses appartenances, sans que Berne ou les autres Cantons confédérés aient opposé ni remontrances ni protestations contre l'usage que la Maison de Savoie faisait de son droit de souveraineté. En outre, deux ans après, les dispositions de l'article XIV du traité de 1564 ne figurent plus dans la Convention conclue à St.-Julien entre Charles Emmanuel I et Genève, du 3^e et consentement de tous les Cantons suisses. Enfin dans le traité du 3 Juin 1754, stipulé entre le Roi Charles Emmanuel III et Genève, sous la médiation officieuse de Zurich et de Berne même, il est dit expressément : „Au moyen des arrangements portés par ce traité et par le verbal qui en fait partie, toutes les autres prétentions, de quelle nature qu'elles puissent être, demeurent, sans autres, éteintes et anéanties de part et d'autre, à perpétuité.“

Les considérations qui précèdent démontrent, avec la dernière évidence, que les réclamations actuelles de la Suisse ne sont nullement fondées. Les Traités de 1815, offrent encore moins de prise aux prétentions du Conseil fédéral. Par ces traités, les Provinces du Chablais et du Faucigny ont été restituées à la Sardaigne qui les avait perdues en 1792. Y a-t-il, soit dans les traités particuliers, soit dans l'acte final, soit dans les protocoles de Vienne, une disposition, un mot qui remette en vigueur l'article XIV du Traité de 1564 ? Rien absolument.

Mais le Conseil fédéral invoque l'article XXIII du Traité de 1816 entre la Sardaigne et la Suisse. Cet article est ainsi conçu : „Les dispositions des anciens traités et notamment de celui du 3 Juin 1754, auxquelles il n'est pas expressément dérogé par le présent traité sont confirmées.“ De bonne foi, peut-on croire et soutenir que, par une phrase vague et sans portée précise, la Sardaigne ait pu consentir à faire revivre une stipulation qui avait trois siècles de date ? Il suffit de poser la question pour la résoudre. Les dispositions auxquelles on faisait allusion en 1816 avaient trait au commerce et aux facilitations

des communications entre les Pays limitrophes, et nullement aux droits essentiels de la Souveraineté qui étaient dans le même acte définis expressément, quant aux Provinces neutralisées. Du reste, par cette même phrase de l'article XXIII on aurait pu, peut-être, remettre en vigueur des dispositions existantes en 1792, mais non celles qui, par la nature des choses, les faits et les conventions subséquentes, étaient anéanties, depuis deux cents ans.

Cependant il est juste de reconnaître que les transactions de 1815 ont créé, aux Provinces du Chablais et du Faucigny un état juridique spécial vis-à-vis de la Suisse. La neutralisation de ces pays a été avant tout établie dans l'intérêt de la Sardaigne qui l'a demandée et obtenue, en compensation d'une cession territoriale en faveur de Genève et par conséquent de la Confédération, ainsi que nous avons eu l'occasion de le faire remarquer dans les communications qui ont été échangées l'année dernière entre les deux Gouvernements. Mais si la Suisse croit que cette neutralisation lui est utile, nous ne nous opposons nullement à ce que ses intérêts soient pris en sérieuse considération. La France elle-même l'avait déclaré formellement, et nous avons pris acte de cette déclaration devenue publique. Ce point doit être examiné et résolu d'accord avec les Puissances signataires des Traités de Vienne, car il touche aux intérêts généraux de l'Europe aussi bien qu'aux convenances particulières de la Sardaigne et de la Suisse. Le Gouvernement du Roi est persuadé que la Confédération Helvétique sera entendue dans le débat, et pour notre part nous sommes disposés à appuyer toutes les propositions qui seraient de nature à sauvegarder les intérêts permanents de la Nation Suisse. Nous avons donné trop de preuves de notre sympathie et de notre amitié envers la Suisse, pour que le Conseil fédéral ne soit pas convaincu d'avance qu'il trouvera, dans la Sardaigne, le cas échéant, les sentiments qui ont inspiré jusqu'ici sa conduite.

Je vous prie, Monsieur le Commandeur, de donner lecture et copie de cette dépêche à Monsieur le Président de la Confédération et d'agréer les nouvelles assurances de ma considération très-distinguée.

(Signé) C. Cavour.

Beilage N.

Note des Bundesrathes an den schweizerischen Gesandten in Turin, als Antwort auf diejenige des k. sardinischen Ministers des Auswärtigen, vom 30. März 1860.

Tit.!

Von dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Majestät des Königs von Sardinien, Herrn Kommandeur Jocteau, ist dem Herrn Bundespräsidenten der schweizerischen Eidgenossenschaft eine Note vorgelesen und abschriftlich hinterlassen worden, welche Sr. Excellenz Graf Cavour an den Herrn Kommandeur gerichtet hat und die als Antwort auf die von Ihnen eingegebene Note und Protestation betrachtet werden muß. In diesem Aktensfüße wird unter Anderm erklärt, man könne nicht begreifen, mit welchem Rechte die Schweiz gegen jede Veränderung des Territorialbestandes in Savoyen, sowie gegen eine Abstimmung zur Erhärtung des Volkswillens protestiren könne, besonders da hierin eine auffallende Mißkennung der Souveränitätsrechte Sr. Majestät erblickt werden müßte. Endlich wird auch der Werth der von der Schweiz angerufenen Verträge auf die Waagschale der Erörterung gelegt und gefunden, es könnte denselben nicht die von der Schweiz ihnen vindizirte Bedeutung beigemessen werden, da dieselben in Folge ihres Alters und anderer inzwischen eingetretener Verhältnisse als obsolet betrachtet werden müssen.

Der schweizerische Bundesrath kann nicht umhin, hierauf mit einigen Gegenbemerkungen zu erwidern, obschon die von ihm aufzuführenden Gründe der Hauptsache nach in dem bisherigen Notenwechsel bereits ausführlich erörtert worden sind.

Es ist zunächst der Bundesrath weit entfernt, den Souveränitätsrechten Sr. Majestät irgend zu nahe treten zu wollen, auch hat er niemals eine absolute Opposition gegen jede Territorialveränderung in Savoyen erhoben. Dagegen hat er sich allerdings stets dahin ausgesprochen, daß eine solche Veränderung nicht diejenigen Rechte und deren Wirkungen verletzen dürfe, welche die Schweiz in Beziehung auf die neutralisirten Theile Savoyens erworben hat und die ihr ebensowohl von Sardinien als von den Garanten der Wiener Verträge in feierlicher Weise zugesichert worden sind; und daß man sich über die durch den Souveränitätswechsel nothwendig werdenden Veränderungen vorher mit ihr und mit den garantirenden Mächten in's Einverständniß zu setzen habe.

Es wäre auch im Widerspruche mit den in der Schweiz herrschenden Ideen und Institutionen, wenn der Bundesrath bezüglich der Abstimmung Besorgniß äußern wollte. Er müßte in dieser Rücksicht bloß verlangen,

daß die Abstimmung eine wahre und freie sei und daß der öffentlichen Meinung in keiner Weise Zwang angethan werde. Diese unbedingte Freiheit zur Willensäußerung wäre aber nicht vorhanden, wenn das Volk in den neutralisirten Provinzen bloß berufen wäre, sich zu entscheiden, ob es an Frankreich sich anschließen oder bei Piemont verbleiben wolle; wenn somit die Fakultät, sich zu Gunsten der Schweiz zu erklären, ausgeschlossen wäre.

Der Bundesrath hat daher von Anfang an stets darauf gedrungen, daß man auch über den Abstimmungsmodus mit ihm sich verständige und daß überhaupt ohne seine, als eines Hauptinteressenten, Mitwirkung eine Cession Savoyens an Frankreich nicht erfolge. Diese Ansicht glaubt der Bundesrath mit allem Rechte festhalten zu sollen und er müßte sich auch mit aller Entschiedenheit gegen jede militärische oder civile Besitzergreifung erklären, welche vor der wiederholt angerufenen Verständigung mit den Mächten und mit der Schweiz selbst stattfände. Sie könnte in jener Besitzergreifung nur eine Verletzung der ihr hinsichtlich des neutralisirten Savoyens zustehenden Rechte betrachten und es könnte ein solcher Akt nur als eine Beeinträchtigung der freien Willensäußerung der in Frage stehenden Bevölkerung angesehen werden. Daher muß die Schweiz erneuert darauf dringen, daß auch in Beziehung auf die Abstimmung in den neutralisirten Provinzen ihre positive Mitwirkung zugesichert werde.

Unter den von der Schweiz zur Stützung ihrer Ansprüche angeführten Staatsverträgen befindet sich allerdings auch derjenige von 1564., der nach der Ansicht des Herrn Grafen Cavour der zerstörenden Macht dreier Jahrhunderte erlegen sein soll.

Zur Begründung dieser letztern Ansicht wird unter Anderm angeführt, daß im Jahr 1601 das Pays de Gex von Karl Emanuel I. an Frankreich abgetreten worden sei, ohne daß von den schweizerischen Ständen dagegen Einsprache erhoben worden wäre.

Mag nun auch in einem einzelnen speziellen Falle eine Unterlassung vorgekommen sein, so darf daraus noch keineswegs der Schluß gezogen werden, daß damit der Vertrag in seiner Totalität dahin gefallen sei. Der Bundesrath könnte die Theorie nicht zugeben, daß durch die gerügte Thatfache die Schweiz nach allgemein völkerrechtlichen Grundsätzen der Wohlthaten eines Vertrages habe verlustig werden können, durch den ihr so bedeutungsvolle und mit ihrer Selbsterhaltung so nahe verwandte Rechte zugesichert worden sind. Um einen solchen Vertrag als erloschen zu erklären, würde die positive Mitwirkung aller Paciscenten erforderlich sein, was aber hier überall nicht der Fall ist. Daß auch Frankreich diesem Vertrage nach länger als zwei Jahrhunderten fortwährende Gültigkeit beigemessen hat, beweist der Umstand, daß im Jahr 1793 die militärische Okkupation der Waadt vom französischen Direktorium auf den Vertrag von 1564 begründet wurde, als dessen Garant Frankreich allerdings mit erscheint.

Eine ausdrückliche Befräftigung findet übrigens der Vertrag von 1564 in dem Verzichtleistungsinstrumente, welches 16 Jahre nach der Abtretung des Pays de Gex, am 13. Juni 1617, aufgerichtet worden ist. Darin wird im Namen des Herzogs Karl Emanuel von Savoyen wörtlich folgende Erklärung abgegeben:

Avons au nom de sa dite A^e. S^{me}. de Savoye et mon dit Seign^r. le Prince de Pidmont et tous leurs successeurs universels et perpetuels Renonce, cede et quitte et par vertu des presentes Cedons quiclons et renonçons pleinement et à perpetuite à toutes et chescunes des pretentions actions querelles et recherches, et que leurs A. A. S. S. et leurs dits successeurs pouuoient et pourroyent auoir et prétendre au temps passe, present et advenir sur ce dit Pays de Vaud, ses villes, places appartenances et dependances quelconques sans leur y retenir ni reserver aucune chose quelle que soit Cartudicelles en leur nom et part, nous deportons et desistons entierement et perpetuellement au plus ample contenu du Traicte faict et moyenne à Lausanne par les Seigneurs Ambassadeurs des onze Cantons des Liges entre feu Très illustre Excellent hault et puissant Prince et Seigneur Emmanuel Philibert Duc de Savoye de tres heureuse memoire pere de S. A^e. d'apresent, et les dits Seigneurs de Berne en l'annee 1564. Promettans et jurants au nom de leurs A. A. S. S. pour elles et leurs dits successeurs, en bonne foi, de vouloir auoir et tenir pour agreable ferme et stable ce dit Traicte, en tous et chescuns ses poincls et Articles. Et en vertu diceluy laisser les dits Seig^{rs}. de Berne et toute leur posterite en la pleine et pacifique Jouissance et possessoires des villes places et pays et de toutes leurs dependances, ainsi qu'ils leur ont esté adiugés par le dit Traicte, sans que leurs A. A. S. S. leurs dits successeurs ny personne autre en leur nom, puissent ny doigent jamais prétendre aucun droict part ny repetition en et sur iceux en facon que ce soit, ny sur aucunes autres leurs places. Terres et pays par eux possédez des l'an 1536, nouobstant toutes ordonnances, Traictés, titres et actes qui se pourroyent trouuer à ce contraire, Lesquels au nom sus dit Cassons et annulons. *)

*) Uebersetzung.

Wir ic. ic. haben im Namen bemeldter Durchlaucht von Savoyen und meines besagten Herrn des Fürsten von Piemont und deren Gesamt- und ewigen Nachfolger entsagt, abgetreten und verzichtet wie Wir Kraft des Gegenwärtigen entsagen, abtreten und verzichten, vollständig und für alle Zeiten, auf alle und jede Ansprüche, Beschwerden, Klagen und Forderungen, welche Hochbero Durchlaucht und ihre Nachfolger früher, jetzt und künftig haben und erheben konnten oder möchten auf das besagte Waadtland, seine Städte, Besten, Rechtssame und Gefälle jeder Art, ohne davon irgend etwas zurück noch vorzubehalten, indem wir in Hochihrem Namen und Auftrage denselben vollständig und auf alle Zeiten entsagen und darauf verzichten in weiterer Erläuterung des in Lausanne durch die Herren Voten der elf eidgenössischen Orte zwischen dem erlauchten, fürtrefflichen, hohen und mächtigen Fürsten und Herrn Emanuel Philibert, Herzogen zu Savoyen, seli-

Die gleiche ausdrückliche Anerkennung des mehrerwähnten Vertrages findet sich in dem sogenannten Weibriefe vom 1. Juni 1658, in welchem folgende Stelle vorkommt:

Touchant les albergements et alienations faictes par la Ville et Canton de Berne des biens Ecclesiastiques et autres dans le pays de Gex qui appartenoint a des particuliers ou communautéz, Nous Louis Roy voulons qu'ils demeurent en leur force et vigueur et les possesseurs ne soient au preiudice d'Iceux en aucune façon inquietez ny molestez conformement aux Traictez faicts en 1564 entre le Duc de Savoye et lad. Ville et Canton de Berne par la mediation et avec la ratification du Roy Charles X et entre le Roy Henri IV Nre ayeul, et Charles Emanuel Duc de Savoye en 1601. *)

In einem fernern Weibriefe, erlassen von Frankreich unterm 7. Juni 1777, findet sich die nachstehende, nicht weniger maßgebende Stelle:

Le Traité fait en 1564 entre le Duc de Savoye et ladite Ville de Berne par l'entremise et sous la garantie du Roi Charles IX, le Traité de Soleure conclu en 1579, et confirmé par Henri le Grand, celui conclu entre le même Roi et Charles-Emanuel Duc de Savoye en 1601, ainsi que la Déclaration donnée par le Conseil de Henri IV le 29 Août 1604 subsisteront selon leurs formes et teneurs. **)

gen Andenkens, Vater des regierenden Herzogs, und den bemeldten Herren von Bern im Jahr 1564 abgeschlossenen und vermittelten Vertrages, wobei wir im Namen Ihrer Fürstlichen Durchlauchten für sich und ihre Nachfolger in guten Treuen schwören und versprechen, den gedachten Vertrag in allen und jeden seinen Bestimmungen und Artikeln als genehm, gültig und beständig ansehen und halten zu wollen und Kraft desselben die bemeldten Herren von Bern und ihre Nachkommen im vollen und friedlichen Genuß und Besiz der Städte, Vesten, Länden und Aller ihrer Rechtjame zu belassen, wie solche ihnen durch den besagten Vertrag zugesprochen worden sind, ohne daß Ihre Fürstlichen Durchlauchten noch deren erwähnte Nachfolger noch sonst Jemand in ihrem Namen jemals ein Recht, Theil noch Anspruch in denselben und auf dieselben in welcher Weise es auch sei, noch auf anderweitige ihnen zustehende Vesten, Orte und Länder, die sie seit dem Jahr 1536 besizen, geltend machen mögen noch sollen, ungeachtet aller Ordonnanz, Verträge, Titel oder Verschreibungen, welche dem zuwider sein möchten und welche wir im Namen wie oben aufheben und nichtig erklären.

*) In urkundlicher Uebersetzung.

Betreffend die Albergament vnnbt Hingaben, so durch die Stadt Bern beschehen, wegen der Geistlichen Gütteren, vnnbt anderer, in der Herrschafft Gex, so sonderbaren versohnen oder Gmeinden zugehört hattend. Willend wir König Ludwig, daß soliche verbleibind in ihrer Grafft vndt macht vnnbt daß die besitzer derselben hierwider in einichen weg nit bekümmeret noch angefochten werbint vermög deß Traktats von Anno 1564 zwischen dem Herzogen auß Savoy, vnnbt gedachter Statt Bern, durch Vermittlung vnnbt mit Vestehtigung König Carles deß 9ten vnnbt deß zwischen König Heinrich dem Vierdten, vnserem Anherren, vnnbt Carle Emanuel, Herzogen in Savoy Anno, 1601 gemacht.

**) Uebersetzung.

Der 1564 zwischen dem Herzog von Savoyen und besagter Stadt Bern durch die Vermittlung und unter Gewährleistung des Königs Karl IX. abgeschlossene Vertrag, der 1579 abgeschlossene und durch Heinrich den Großen bestätigte Vertrag

Endlich hat der Vertrag eine ausdrückliche Bestätigung durch denjenigen Traktat gefunden, welcher am 16. März 1816 zu Turin zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und Sr. Majestät dem König von Sardinien abgeschlossen worden ist. Der Art. 23 dieses Instrumentes besagt nämlich: „Die Verfügungen der alten Traktate, und insbesondere desjenigen vom 3. Juni 1754, insoferne sie nicht ausdrücklich durch den gegenwärtigen Vertrag aufgehoben werden, sind bestätigt.“

Der Bundesrath kann unmöglich annehmen, daß dieser so präzis gefaßte Artikel nur als eine bedeutungslose Formalität aufgefaßt werden müsse, vielmehr hält er dafür, es entspreche der Würde der Paciscenten lediglich die Ansicht, daß dieselben, mit vollem Bewußtsein über Bedeutung und Tragweite der Stipulationen, diesen Artikel aufgenommen haben.

Im Hinblick auf so viele historische Zeugnisse, welche aus jedem Jahrhundert zu Gunsten des Vertrages von 1564 aufgeführt werden können und die für die fortwährende Gültigkeit desselben sprechen, muß die Behauptung, daß jener Traktat außer Kraft getreten sei, mit allen ihren Konsequenzen als dahingefallen betrachtet werden.

Die von der Schweiz erworbenen Rechte auf das neutralisirte Gebiet Savoyens werden in der geschätzten Note zwar allerdings anerkannt, jedoch wird der Umstand betont, daß die Neutralisirung wesentlich im Interesse von Sardinien festgesetzt worden sei, welches dieselbe als Kompensation für eine Gebietsabtretung zu Gunsten der Schweiz verlangt und erhalten habe. Auch diese Ansicht dürfte mit dem geschichtlichen Ursprunge der Neutralisirung fraglicher Provinzen nicht ganz im Einklange stehen. Es ist nämlich bekannt, daß zunächst von Genf aus darauf hingewiesen wurde, wie zur Behauptung der schweizerischen Neutralität die Neutralisirung eines Theiles von Savoyen eine unerläßliche Bedingung sei. Diese Argumentationen fanden am Wiener Kongresse ihre verdiente Würdigung und es war offenbar in der Absicht der hohen Mächte, durch die Neutralisirung savoyischer Gebietstheile der Schweiz ein Mittel an die Hand zu geben, um ihre Unabhängigkeit und ihre im Interesse von Europa liegende Neutralität wirksam vertheidigen zu können. Die Neutralisirung geschah somit eben so wohl im Interesse der Schweiz, als in demjenigen von Sardinien, das für die der Schweiz eingeräumten Rechte insofern eine Kompensation erhielt, als ihm die Befugniß eingeräumt wurde, unter Umständen die in Savoyen aufgestellten Truppen über schweizerisches Gebiet nach Piemont zurückzuführen.

Wenn die vertragsmäßig garantirten Rechte, wenn die Zwecke, die jenen Verträgen zum Grunde lagen, bei einer Veränderung des Status quo gewahrt und erreicht werden können, so läßt sich die Schweiz nicht in der Lage, gegen jede Modifikation des bisherigen Zustandes Einsprache

von Solothurn, der zwischen dem nämlichen König und Karl Emanuel, Herzog von Savoyen, 1601 abgeschlossene, sowie die vom Rathe Heinrichs IV. am 29. August 1604 gegebene Erklärung sollen nach Form und Inhalt fortbestehen.

zu erheben. Dagegen läge es in ihrer Würde und im Gebote der Selbsterhaltung, sich entschieden zu verwahren, wenn sie in eine Lage gebracht werden wollte, welche ihr die Wahrung ihrer Rechte und der damit in Verbindung stehenden Zwecke zur Unmöglichkeit machen würde. Sie hat daher stets auch verlangt, daß bei einem etwaigen Arrangement ihre Stimme gehört und ihre Mitwirkung als wohl berechtigt zugestanden werde. Sie glaubt hierin der Unterstützung der Königlichen Regierung um so mehr sich versichert halten zu können, als die geschätzte Note in höchst verdankenswerther Weise die Sympathien Sardiniens gegen die Schweiz zu erkennen gibt und als die Königliche Regierung sich versichert halten darf, daß die Eidgenossenschaft diese Sympathien auch ihrerseits erwidert, wie es denn ihr lebhaftester Wunsch ist, die freundnachbarlichen Beziehungen, welche zur Wohlfahrt beider Staaten so glücklich und so lange bestanden haben, auch fernerhin pflegen zu können.

Sie werden eingeladen, Sr. Exzellenz dem Herrn Grafen Cavour diese Note vorzulesen und ihm davon Abschrift zu hinterlassen.

Genehmigen Sie ic.



Anträge des Bundesrathes in der Savoyerfrage.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1860
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	16
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	31.03.1860
Date	
Data	
Seite	489-529
Page	
Pagina	
Ref. No	10 003 028

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.
Le document a été digitalisé par les. Archives Fédérales Suisses.
Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.